

Freidenker

Nr. 1-21 März 2021

80. Jahrgang



CHINAS WEG



ISSN 0945-6988

Einzelheft Euro 2.50

Liebe Leserin, lieber Leser,

hatte etwa jemand erwartet, dass 2021 Corona nicht mehr in aller Munde wäre? Es gibt inzwischen auch eine andere Virus-Schreibweise, nämlich *Corruptiona*. Womöglich eine „Mutante“, vor der von früh bis spät gewarnt wird, und höchst ansteckend. Die kommt von dem eigenwilligen Verstehen der „Hygieneregeln“: Eine Hand wäscht die andere.

Ob Masken, Testen oder Impfen – alles wird in BRD/EU zur Schmierenkommödie. Sie nennen es „Gesundheitsschutz“, deshalb schützen sie die Impfstoffe der Westkonzerne vor renditegefährdender Konkurrenz und sabotieren die Heilmittel aus China, Russland und Cuba. Die rettende Wirkung „des“ Impfstoffs ist daher auch am Besten an den täglichen Börsenkursen von Big Pharma ablesbar. „Während das gesellschaftliche Leben im Dauer-Lockdown erlahmt, kämpfen sich die Aktienmärkte von Hoch zu Hoch“, jubelt die Commerzbank.

„Verstärkt auftretende Mutanten“ – das stimmt, sie sitzen in der Regierung, abgesehen vom Lauterbacher Strolch, der bekannten alten Käsesorte. Betrachten wir nur die Drei aus dem Saarland – vom fähigen Wirtschaftsminister abgesehen: AKK war mal eine leidlich akzeptable Ministerpräsidentin und die Fehlleistungen des kleinen Heiko hielten sich auch in Grenzen. Inzwischen mutiert, will der Maas bis an die Memel und darüber hinaus, Kramp-Knarrenbauer kauft aus dem Corona-Konjunkturpaket „zur Bekämpfung der direkten Folgen der Pandemie“ für zehn Milliarden Euro Militär-Lkws und Munition. Beide Ministerien nennen China und Russland eine Bedrohung der transatlantischen Sicherheit, die Entsendung eines Kriegsschiffes in das südchinesische Meer sei „ein Zeichen an China“.

So bereitet sich offenbar der deutsche Imperialismus auf seinen großen Jahrestag vor – den 80. seines Überfalls auf die Sowjetunion. Diesmal in Treue fest zum NATO-Kriegsbündnis, das Dank Biden und Blinken wieder „zuverlässig“ ist. Heißt für die Friedensbewegung: Raus aus dem Lockdown, auf die Straße für Frieden mit Russland und China!

Herzlichst Monique Broquard

Inhalt

Editorial	2
Björn Schmidt Ein neuer Kalter Krieg gegen China	3
Artur Leier Neue Seidenstraße: Zukunftsprojekt für Europa und Asien	11
Eike Kopf China – „mit sozialistischer Orientierung“ oder sich entwickelndes sozialistisches Land?	16
Einar Schlereth WE love CHINABASHING	22
Werner Rügemer China gewinnt den Systemwettbewerb .	26
In memoriam Hans-Günter Szalkiewicz Die chinesische Mauer oder wie kapitalistisch ist die Volksrepublik China	29
Meldungen, Meinungen	31
Chronik	38
Bücher für Freidenker	45
Anschriften, Impressum	47

Titelgestaltung: Ralf Lux

Quellen der verwendeten Fotos auf der Titelseite:

- Konfuzius-Statue:* Peggy_Marco, pixabay.com
- Große Mauer:* Viarami, pixabay.com
- Peking, Skulpturengruppe vor dem Mausoleum von Mao Zedong:* olofzachrisson82, pixabay.com
- Peking, Tor des Himmlischen Friedens:* Danis Lou, unsplash.com
- Güterzüge auf der Bahnstrecke von Lianyungang nach Lanzhou:* David Gubler, commons.wikimedia.org, CC BY-SA 4.0
- Shanghai, Panorama:* enriquelopezgarre, pixabay.com

Björn Schmidt

Ein neuer Kalter Krieg gegen China

Die ökonomische Entwicklung des Westens gerät gegenüber der Entwicklung Chinas ins Hintertreffen. Dessen wachsendes ökonomisches Gewicht in Verbindung mit seiner Außenpolitik hin zu einer multipolaren Weltordnung untergräbt die jahrhundertealte Vormachtstellung des Westens und trägt zur Stärkung des nicht-imperialistischen Weltteils bei. „Frieden mit China“ muss genauso wie „Frieden mit Russland“ zu einem Kernbestandteil der Friedensbewegung werden.

Der Aufstieg Chinas zur derzeit zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt war rasant. Nach einem Jahrhundert der Eroberung, Unterdrückung und Zerteilung durch die Kolonialmächte - darunter auch das Deutsche Reich - hat sich China in Folge der anti-feudalen und anti-imperialistischen Revolution 1949 auf den Weg einer aufholenden Entwicklung gemacht. In historisch kaum vergleichbarer Weise gelang dem von der Kommunistischen Partei Chinas regierten Riesenland eine Entfesselung der Produktivkräfte und ein Jahr für Jahr beispielloses Wirtschaftswachstum. Derzeit deutet nichts darauf hin, dass sich an dieser Tendenz etwas ändert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg seit Beginn der „Politik der Reform und Öffnung“ unter Deng Xiaoping um mehr als das 80-fache. Das BIP der USA stieg in der gleichen Zeit lediglich um das 8-fache. Der Anteil an dem Welt-Bruttoinlandsprodukt von 84,9 Billionen US-Dollar 2018 teilt sich etwa so auf: USA: 24%, China: 11 %, Japan: 4 %, BRD: 3,3 %.

Setzt sich die derzeitige Wachstumstendenz fort, so wird China im Jahr 2030 mit einem BIP von rund 26,5 Billionen US-Dollar die größte Volkswirtschaft der Welt sein. China ist die wachstumsstärkste Volkswirtschaft, der weltweit größte Exporteur und die größte Handelsnation.

FRIEDEN MIT RUSSLAND UND CHINA!

Auch technologisch holt China auf: Mit 60.000 Patenten meldete China 2020 weltweit die meisten Patente an. Seine Forschungsausgaben übertreffen die der EU-Mitgliedsstaaten und liegen fast gleichauf mit denen der USA. China ist bereits weltweit führend bei der Entwicklung von Hochtechnologie wie etwa Künstlicher Intelligenz (KI). China stellt mehr Geld für KI-Entwicklung bereit als der Rest der Welt zusammen und führt mit Abstand bei Forschungsarbeiten. Auch wenn die Anwendungsbereiche bislang noch unscharf sind, zeichnet sich hier erstmals der Verlust der Vorherrschaft bei einer Schlüsseltechnologie durch den Westen ab. Bereits die bessere und günstigere 5G-Mobilfunk-Ausrüstung aus China bringt den Westen auf diesem Feld in Bedrängnis. Das Technologiemonopol war stets eine der Grundlagen seiner Herrschaft über den Rest der Welt. Große Fortschritte machte China bei der Entwicklung und Herstellung von Hochgeschwindigkeitszügen, Stromerzeugung und Hochspannungsenergieübertragung, Robotertechnik und intelligenter

Fertigung, Telekommunikation und IT, Fahrzeugtechnik und -Antriebe.

War Chinas Aufstieg bis noch vor wenigen Jahren mit dem Schlagwort „Werkbank der Welt“, also der Auftragsfertigung wenig komplexer Produkte für westliche Firmen zu niedrigen Löhnen, verknüpft, so steht heute, nach Jahrzehnten des Technologietransfers die eigene Leistungsfähigkeit bei Forschung und Entwicklung im Vordergrund. Der ehrgeizige Plan „Made in China 2025“ (miC2025) hat seit Inkrafttreten im Jahr 2015 zum Ziel, Chinas erste Phase der Transformation zu einer Industriemacht zu bewältigen. Dies beinhaltet als Zielstellung Durchbrüche in zehn festgelegten Schlüsselindustrien (u.a. Maschinenbau, Luft- und Raumfahrtindustrie, Spezialschiffbau).

Der „Westen“ fühlt sich bedroht

In weiteren Phasen soll China bis 2035 eine mittlere Industriemacht und bis 2049 stärkste Industriemacht der Welt werden. Dies wird vom Westen ernst genommen. Der US-amerikanische Think-Tank Council on Foreign Relations sieht in Chinas Plänen eine „echte existenzielle Bedrohung für die Technologieführerschaft der USA“. Und auch George Soros, der sich die Verteidigung des Kapitalismus und insbesondere der westlichen Vorrherrschaft mit Hilfe von Großspenden an entsprechende politische Parteien und Organisationen zur Lebensaufgabe gemacht hat, warnt: „Xi Jinping ist der gefährlichste Gegner offener Gesellschaften“.

Die USA sollten „praktisch nicht mit der ganzen Welt einen Handelskrieg führen“, sondern sich „auf China konzentrieren“. Westliche Strategen (z.B. MERICS) stellen fest, dass MiC2025 in die Realität umgesetzt wird und China tatsächlich in einzelnen Bereichen aufholen kann, versuchen dabei allerdings auch, Chinas Achillesferse zu identifizieren, z.B. eine noch bestehende Abhängigkeit vom Ausland bei bestimmten Hochtechnologien wie etwa Halbleitertechnik, Biotechnik und Luft- und Raumfahrt.

Der weitere Aufstieg Chinas ist eng verknüpft mit dem Projekt der sog. „neuen Seidenstraße“ oder „Belt and Road Initiative“

(BRI), wie sie offiziell heißt. Die 2013 von Präsident Xi Jinping angekündigten Pläne der „neuen Seidenstraße“ gehen deutlich über bisherige Wirtschaftskooperationen hinaus. Ein Wirtschaftsgürtel von Ost nach West entsteht, mit dem China zahlreiche politische Zielstellungen verknüpft: Mehr politische Kommunikation zwischen den beteiligten Staaten und intensivere Kooperation; Verkehrsinfrastruktur zwischen Ost-, Süd- und Westasien, vom Pazifik bis zur Ostsee, Europa eingeschlossen; Handelshemmnisse sollen fallen, damit entlang der BRI mit 3 Mrd. Menschen ein gigantischer Markt entsteht; Und nicht zuletzt die zunehmende Abwicklung des Handels in örtlichen Währungen, um Kosten zu sparen, Risiken zu verringern und die Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern.

Unter dem Etikett BRI laufen mittlerweile viele Infrastruktur- und sonstige Wirtschaftsprjekte, die scheinbar mit dem ursprünglich definierten geografisch umrissenen Wirtschaftsgürtel wenig zu tun haben. Damit wird deutlich, dass es sich nicht um ein regionales Programm handelt, sondern um eine globale Strategie. Insgesamt sollten von chinesischer Seite in den ersten zehn Jahren eine Billion US-Dollar aufgewendet werden, Beobachter sprechen allerdings schon vom Vielfachen. Bislang nehmen 137 Länder teil, die knapp 5 Mrd. Menschen und 40 % des Welt-BIP repräsentieren. Damit verbunden ist für viele der Länder die Hoffnung auf einen Entwicklungsschub, handelt es sich doch um nichts weniger als das größte Investitionsprogramm aller Zeiten.

Die Investitionen werden von den chinesischen Banken China Development Bank und China Exim Bank sowie der New Development Bank und der Asia Infrastructure Investment Bank gestemmt, welche als Gegenmodelle zu den westlich geprägten Institutionen IWF, Weltbank und Asian Development Bank gelten. Auch dies ist ein deutlicher Hinweis auf eine Schwächung des Westens. Seit 2017 wird China in den Strategiedokumenten der US-Regierung daher auch als „strategischer Langzeit-Wettbewerber“ bezeichnet. Die NATO spricht 2019 erstmals von den Herausforderungen die sich aus dem Gewicht

und der internationalen Politik Chinas ergeben. Ähnlich äußerte sich die vormalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini: China sei für die EU nicht nur ein wichtiger Kooperations- und Verhandlungspartner in der internationalen Politik, sondern auch wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale. Unterdessen macht die US-Regierung aber keinen diplomatischen Hehl mehr aus ihrer Einschätzung, sondern formuliert geradewegs eine Kriegserklärung: „Wir sehen die Chinesische Kommunistische Partei als das, was sie ist: die zentrale Bedrohung unserer Zeit“ (Ex-Außenminister Pompeo im Juli 2020).

Entwicklung statt Neokolonialismus

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg entstanden neue kolonialistische Herrschaftsmethoden, vor allem in Form von ökonomischer Abhängigkeit durch Kredite und Freihandelszonen. An eine tatsächliche Entwicklung der sog. Entwicklungsländer war nicht zu denken, solange politische Auflagen wie Privatisierung und Marktöffnung erpresst wurden - immer in Einheit mit drohenden Militärinterventionen und Destabilisierung. Die ökonomische Niederhaltung ist ein zentrales Element des Neokolonialismus. China hingegen betreibt Wirtschaftspolitik im Ausland ohne politische Einmischung und Auflagen, getreu der fünf völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz: Gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, gegenseitige Nichtangriffsversprechen, strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung aller Länder unabhängig ihrer religiösen, kulturellen oder politisch-ideologischen Orientierung und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen.

Aufbauend auf der alten Verbundenheit im antikolonialen Kampf wuchsen Chinas wirtschaftliche Aktivitäten Schritt für Schritt, so dass es heute – etwa in Afrika - größter Handelspartner und für ein Drittel der Infrastrukturinvestitionen verantwortlich ist. Der Abfluss von Gewinnen zurück nach China kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beziehungen zwischen afrikanischen und anderen Ländern mit China nicht zu vergleichen sind

mit den Beziehungen zu den westlichen Großmächten. So geht der größte Anteil der Investitionen längst nicht mehr in den Rohstoffsektor (nur 30 %), stattdessen fächern sie sich in Infrastruktur, Fertigung, Bildung und IT auf. Chinas Aktivitäten in Afrika führen dort zu einer tatsächlichen industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung.



Nach dem Vorbild des chinesischen ökonomischen Aufstiegs vereinbarten afrikanische Länder mit China im Rahmen des Focac (Forum on China Africa Cooperation) einen Technologietransfer beim Aufbau und Betrieb von Produktionsstätten sowie die jährliche Vergabe von zehntausenden Stipendien und Fortbildungsmaßnahmen - mit steigender Tendenz. Chinas Wirtschaftseinfluss in Afrika stärkt das politische Selbstbewusstsein vieler Staaten gegenüber den alten und neuen Kolonialmächten. Dies spiegelt sich etwa darin wider, dass Verträge, wie die sog. EPAs (Economic Partnership Agreements) zwischen afrikanischen Ländern und der EU, nicht mehr alternativlos sind, wie noch vor wenigen Jahren.

Um die neue Entwicklungszusammenarbeit zu hintertreiben, wurde der Vorwurf in die Welt gesetzt, China betreibe selbst Kolonialismus. Die Behauptungen, China beschäftige nur eigenes Personal, betreibe Ressourcenklau, treibe Länder in die Schuldenfalle und kaufe Agrarland im großen Stil auf haben sich bei näherer Betrachtung als unwahr

erwiesen. Im Gegenteil: Chinas teils großzügige Kreditvergabe und Wirtschaftskooperation, insbesondere mit Iran, Venezuela und Kuba, ist für diese vom US-Imperialismus bedrohten Länder überlebenswichtig.

Mit der Schanghai-Cooperation-Organisation (SCO) bildet China, zusammen mit Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan, Indien und Pakistan, eine internationale Organisation zur Beilegung von Konflikten. Besonders die Beziehungen zwischen China und Russland sind eng und zum gegenseitigen Nutzen. Zu nennen sind hier die beiden Erdgaspipelines von Sibirien nach China, die gemeinsamen Manöver, die gemeinsame Entwicklung von Raketenabwehrtechnologie, die freundschaftlichen Gesten, wie etwa die Würdigung der jeweiligen Beiträge im Kampf um Befreiung Europas und Asiens von Faschismus und Krieg. China und Russland bilden heute den Kern derjenigen Staaten, die sich den Weltherrschaftsplänen des Imperialismus erfolgreich widersetzen.

Rettet Konfrontation die Hegemonie?

Der Westen mit den USA als Führungsmacht antwortet auf den scheinbar unaufhaltsamen ökonomischen, aber in Perspektive auch politischen und militärischen Aufstieg Chinas und vieler weiterer Entwicklungsländer und den damit einhergehenden drohenden Hegemonieverlust mit einer umfassenden ökonomischen, politischen und militärischen Gegenkampagne. Sie umfasst die Umzingelung Chinas, die Unterstützung von separatistischen Bewegungen und die Entfesselung eines Handelskrieges. So hat die US-Regierung schrittweise und eskalierend Sonderzölle in Höhe von 25 % auf die Hälfte der Importe aus China erhoben. Weiterhin wurden chinesische Direktinvestitionen in sog. sicherheitsrelevanten Bereichen deutlich gebremst.

Hohe Wellen schlug die Einstufung chinesischer Unternehmen wie Huawei als „kritisch“ auf einer Liste des Handelsministeriums, in dessen Folge sie nicht mehr mit US-amerikanischen Unternehmen kooperieren dürfen. Trotz eines Teilabkommens zur Lösung des Konfliktes Ende 2019 ist er weiterhin ungelöst. Die Attacken Washingtons gegen

den chinesischen Konzern Huawei und das soziale Netzwerk TikTok zielen direkt auf die Niederhaltung der chinesischen Konkurrenz und die Aufrechterhaltung der Dominanz bei Schlüsseltechnologien. Dabei ist zweifelhaft, ob das beabsichtigte Ziel erreicht wird, zwingen die Maßnahmen doch China zur beschleunigten Entwicklung eigener Systeme.



HUAWEI

Chinesisches Kommunikationsunternehmen als Feindbild

Nichtsdestotrotz zeigen sie, dass der Imperialismus bereit ist, seine weltweite Vormachtstellung auch zum Preis einer zunehmenden Hemmung der technologischen Entwicklung insgesamt und damit auch seiner eigenen zu verteidigen.

„Die Linke“-Abgeordnete Sevim Dagdelen beschreibt die militärische Strategie der USA zur Eindämmung Chinas, basierend auf drei strategischen Zielen: „Zum Ersten geht es darum, China selbst im südchinesischen Meer und in seiner unmittelbaren Umgebung herauszufordern, zum Zweiten darum, Chinas Zugang zum Indischen Ozean zu blockieren sowie drittens ist es die Absicht, perspektivisch die Verbindung nach Westasien und Europa zu kappen“.

Dazu wird die Zusammenarbeit mit den regionalen US-Bündnispartnern Taiwan, Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan intensiviert. Weiterhin wird die Volksrepublik

China mit Militärbasen eingekreist. Ständig befinden sich hohe US-Truppenkontingente im asiatisch-pazifischen Raum und 60 % der gesamten US-Kriegsflotte operiert dort. Bereits in den letzten Jahren hat es im südchinesischen Meer, in dem China Anspruch auf einige Inseln erhebt, seine Einheiten deutlich verstärkt.

Bis zum letzten Jahr verbot der INF-Vertrag zwischen den USA und Russland den beiden Unterzeichnerländern die Stationierung von (auch nuklear bestückten) Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 5500 km. Schon kurz nachdem der Vertrag, nach Kündigung durch die US-Regierung im vergangenen Jahr, ausgelaufen war, begann diese mit Raketenstarts im Pazifik - eine ungeheure Provokation gegenüber China und seinen Sicherheitsinteressen. Die US-Regierung kündigte gleichzeitig an, künftig Mittelstreckenraketen in der Region zu stationieren. Hinzu kommen Luftbasen, wie auf der Insel Guam, und patrouillierende Kriegsschiffe.

Militaristischer Größenwahn

Auch die deutsche Bundesregierung macht bei der US-amerikanischen Mobilisierung gegen China mit. So forderte „Verteidigungs“-Ministerin Kramp-Karrenbauer im vergangenen November, dass sich Deutschland als Gegenmacht zu China positionieren solle, um dessen Machtanspruch einzudämmen. Von militaristischem Größenwahn gepackt sagte sie: „Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen“. Und das Grundgesetz völlig ignorierend: „Die Aufgaben unserer Marine gehen über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus. Denn Seewege sind Lebensadern. Und so ist die Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung. (...) Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen

der Solidarität. Für geltendes internationales Recht, für unversehrtes Territorium, für freie Schifffahrt.“

Daraufhin kündigte die Bundesmarine an, die Fregatte Hamburg für Manöver fünf Monate lang in den Pazifik zu schicken. Statt friedlicher Handelspolitik werden nun die alten kolonialistischen Töne – begleitet von handfesten Maßnahmen – gegenüber China wiederbelebt. In diesem Jahr soll nun das US-Militärmanöver „Defender Pacific“ stattfinden, die größte Übung der US-Armee in der Region seit Anfang der 1990er Jahre. Dafür stellt die US-Regierung 364 Mio. US-Dollar zur Verfügung.

Die Uiguren ...

Neben dem Vorwurf „unfairer Handelspraktiken“ setzt der Westen auf die angebliche Unterdrückung ethnischer Minderheiten wie der Uiguren. Tatsächlich existiert in der chinesischen Provinz Xinjiang sowie im Exil seit Jahrzehnten eine separatistische Bewegung mit guten Kontakten in die Türkei, die USA und die BRD. Das teils islamistisch orientierte Milieu bekämpft die chinesische Regierung und machte in der Vergangenheit auch vor Pogromen gegen in Xinjiang lebende Han-Chinesen und vor terroristischen Anschlägen nicht halt.

Auf dem Boden realer Probleme, wie der ungleichen Entwicklung der Regionen Chinas, versuchen verschiedene Organisationen, Anhänger für die Abspaltung eines „Ostturkestans“ zu rekrutieren. Die chinesische Regierung antwortet mit Repressionen gegen Separatismus einerseits und andererseits mit der Hebung des Lebensniveaus und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Provinz. Dazu gehört auch eine gezielt angeordnete politische Umerziehung von - als solchen eingestuft - Anhängern des Islamismus in Verbindung mit beruflicher Fortbildung, was von der US-Politikerin Gay McDougall - fälschlicherweise im Namen der UNO - als „Umerziehungslager mit bis zu 3 Mio. Häftlingen“ hochgekocht wurde und als internationaler Propaganda-Fake die Runde machte. Die UNO stellte klar, dass dies nicht ihre offizielle Position ist.

... und Hongkong

Ein weiterer Schwerpunkt der Strategie des Westens, China durch Separatismus zu schwächen, ist die Einmischung in die Beziehungen zwischen Festland-China und Hongkong, das staats- und völkerrechtlich zu China gehört. Hongkong hat, von 1997 an, eine auf 50 Jahre beschränkte Autonomie. Der Westen zeigt mit seiner Kampagne gegen das chinesische „Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong“, dass er eine Abtrennung Hongkongs von China anstrebt. Als sei Hongkong ein eigenständiger Staat unter Protektion von USA, GB, EU und BRD, wurde in scharfen Worten von China verlangt, das Sicherheitsgesetz nicht zu verabschieden.

Aktivisten der im Stil des Maidans in der Ukraine angezettelten monatelangen Ausschreitungen wurden von der deutschen Bundesregierung hofiert. An den westlichen Einmischungskampagnen wird deutlich, dass die Zerteilung und Zerstückelung Chinas, wie in den alten Zeiten des Kolonialismus, zur Strategie gehört, den eigenen Status auf der Weltbühne zu sichern.

Der deutsche Imperialismus ist auf China als Absatzmarkt und Investitionsstandort stärker angewiesen als der US-Imperialismus. Dessen Frontstellung gegenüber China teilt er jedoch zunehmend. Offiziell bezieht die deutsche Bundesregierung die Position „Eine Abkoppelung der EU und Chinas ist nicht in unserem Interesse“ (Außenminister Maas). Man werde nicht zulassen, „dass wir zum Spielball einer Großmächtekonkurrenz der USA und Chinas werden“. Halboffizielle Thinktanks, wie etwa die Berliner SWP, raten: „Die EU mit ihrem weltweit größten Binnenmarkt hat allen Grund, gegenüber China selbstbewusst aufzutreten und sich weder der US-Strategie des Containments noch jener der Abkopplung ganzer Wirtschaftsräume (»decoupling«) anzuschließen.“ Viel schwerer wiegen nämlich im ökonomischen Gesamtgewicht die Investitionen des deutschen Kapitals in China als dies bei den USA der Fall ist. Dies gilt etwa für die deutsche Automobilindustrie. VW-Chef Diess Anfang 2019: „Bisher haben wir europäische Technologie nach China gebracht. Das ist vorbei.“ Das Land werde in

den nächsten Jahrzehnten das Machtzentrum der Automobilindustrie sein. „Die Zukunft von Volkswagen entscheidet sich auf dem chinesischen Markt.“ Doch gleichzeitig sind die USA als Absatzmarkt und Investitionsziel genauso bedeutsam für die deutsche Industrie.

Friedenssichernde Abhängigkeiten

Das Handelsblatt meldet dazu: „Europäische Firmen sind in einer Zwickmühle“ (...) „Je nach Branchen machen viele von ihnen derzeit noch den größeren Teil ihres Umsatzes in den USA – aber das Wachstum kommt aus Asien.“ Es sei daher „ohne jede Alternative, hier in China zu bleiben“. Und doch scheint es bei internationalen Treffen und ihren Erklärungen, als passe zwischen die deutsche Bundes- und die US-Regierung kein Blatt Papier, sei es in Bezug auf Hongkong, auf Xinjiang, auf die angemahnte Öffnung der chinesischen Wirtschaft oder die chinesische Rolle bei der Bekämpfung von COVID-19. Nach dem Berlinbesuch des chinesischen Außenministers Wang Yi im vergangenen Jahr tobte eine Debatte unter führenden deutschen Politikern um das „richtige“ Verhältnis zu China.

Widersprüchlichkeiten dieser Art drücken die Zerrissenheit der deutschen Strategie bzgl. des drohenden Großkonfliktes der USA mit China aus. Deutsches Kapital braucht Chinas Märkte und Anlagensphären mehr denn je, seine führenden Vertreter sehen aber genauso wie die der USA eine „systemische Konkurrenz“ (Bundesverband der Deutschen Industrie) heraufziehen. Vorerst überwiegt die Interessengleichheit mit den USA in dem Punkt, den Druck auf China wegen „unfairer Handelspraktiken“ – das heißt der souveränen chinesischen Industriepolitik mit Hilfe von Staatsunternehmen – zu erhöhen, um Zugeständnisse zu erhalten.

Angesichts der uneinheitlichen Haltung der einzelnen EU-Staaten gegenüber China – von der Teilnahme an der BRI, wie Italien, oder dem 17+1 Zusammenschluss osteuropäischer Länder mit China bis hin zur aggressiven Konfrontationspolitik Deutschlands und Frankreichs – gibt es für eine geschlossene „breite Allianz gegen China“, wie sie von den antichinesischen Hardlinern angestrebt wird,

noch große Hindernisse. Dies kann sich in naher Zukunft jedoch ändern, etwa wenn deutschen Konzernen ernsthafte Konkurrenz aus China droht oder die Notwendigkeit, den Systemkonkurrenten China niederzuringen, dringlicher wird und sich in politischen Strategien niederschlägt.



Cooperation between China
and Central and Eastern European Countries
中国—中东欧国家合作

2012 gegründet: Jährlich stattfindende Zusammenkünfte der „China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, 17+1“

Das Handelsblatt berichtet bereits, dass die Bundesregierung zunehmend auf „Diversifizierung“ von Auslandsinvestitionen dränge. Man wolle die rasch zunehmende „wirtschaftliche Abhängigkeit von der Volksrepublik ... verringern“, werden Stimmen aus dem Auswärtigen Amt zitiert. Es gehe, heißt es, um „die Eindämmung des Risikos, das von einer einseitigen Fokussierung auf einen Handelspartner ausgeht“.

Antichinesischer Konsens

Der Imperialismus begleitet seinen Aggressionskurs gegenüber China mit einer Hetzkampagne – international wie auch in Deutschland. Die Gegnerschaft zu China wird zunehmend zum Konsens scheinbar verfeindeter politischer Parteien und Lager. Die Durchsetzung dieser Position in der Bevölkerung stößt allerdings auf ernsthafte Hindernisse. Seit über einem Jahr werden US-Regierung und -Opposition nicht müde, China die Schuld am Ausbruch von COVID-19 zu geben – bis hin zur wahnwitzigen These, China habe das Virus sogar selbst entwickelt, um den westlichen Ländern zu schaden.

Den aggressiven Vorwürfen der US-Regierung gegen China schlossen sich auch zahlreiche deutsche Medien und Politiker an, von BILD bis ZEIT, von den Grünen bis zur CDU. Immer stärker werden wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen China

eingefordert. Die Grüne Annalena Baerbock forderte eine Absage des für September 2020 geplanten EU-China-Gipfels in Leipzig wegen der Einführung des Sicherheitsgesetzes in Hongkong. Auch aus dem anarchistisch-autonomen Spektrum wurde nun ohne Zurückhaltung gegen China getrommelt.

Leipziger Gruppen demonstrierten gegen den EU-China-Gipfel unter dem Motto „Gegen die Festung Europa und das autoritäre Regime Chinas“. In allen Bundestagsparteien und vielen Bewegungen und Organisationen haben sich einflussreiche anti-chinesische Stimmen etabliert.

Einen Gleichklang von „linksradikal“ bis zur AfD gibt es etwa beim Thema Hongkong. Die Zugehörigkeit Hongkongs zu China wird negiert, das Sicherheitsgesetz delegitimiert. Die bisherige Linkspartei-Vorsitzende Kipping hofft: „dass beim Gipfel zwischen EU und China nicht nur das Thema Marktzugang angesprochen wird, sondern dass es zuallererst um die Menschenrechte geht. Und ich erwarte, dass die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Führung eines sehr deutlich macht: Es muss Schluss sein damit, dass Uiguren, dass Minderheiten eingesperrt werden in China in Lager. Es darf keine Repression gegenüber der Demokratiebewegung in Hongkong geben.“

Doch die chinafeindliche Kampagne fruchtet zunächst nicht richtig. Eine deutliche Mehrheit – 73 % – der deutschen Bevölkerung verlangt von der Bundesregierung, sich in dieser Auseinandersetzung nicht an der Seite der USA zu positionieren (Sicherheitsreport 2020 des „Centrum für Strategie und höhere Führung“). Diese Ergebnisse bringen Redakteure deutscher Leitmedien zum Kochen. Spiegel Online etwa titelte im Mai 2020: „Junge Deutsche wandeln sich zu China-Fans“. „Am größten ist der Anteil der China-Fans bei den 18- bis 34-Jährigen. Fast die Hälfte von ihnen, 46 Prozent, erwartet mehr von Peking als von Washington (umgekehrt 35 Prozent, die übrigen sind unentschieden). Im Osten liegt für junge Deutsche anscheinend die Macht der Zukunft. (...) 25 Prozent [der Deutschen] geben an, ihr Bild von China sei positiver geworden“.

Variante für „linke“ Zielgruppen

Die Politstrategen in den westlichen Thinktanks, die den Neuen Kalten Krieg gegen China entfesseln wollen, setzen nicht allein auf die plumpe offene Hetze gegen China. Vielmehr wurden „linke“ und „alternative“ Stimmen gegen China laut, die auf einer Gleichsetzung von Imperialismus mit China fußen. Ob es um Überwachungstechnik, die Nutzung von Hochtechnologie wie 5G oder Smartcities, Strategien zur Eindämmung von Covid-19, die Rolle des Militärs oder Chinas Präsenz in internationalen Gremien und Konferenzen geht:

Die Gleichsetzung Chinas mit Imperialismus bedient sich immer vermeintlicher oberflächlicher Ähnlichkeiten bei Ausblendung der fundamental verschiedenen Gesellschaftsordnungen Sozialismus und Kapitalismus, der damit einhergehenden Unterschiedlichkeit der Staatsapparate und der auch außenpolitisch entgegengesetzten Ziele.

Die Hoffnung darauf, dass Deutschland aufgrund seiner Abhängigkeit vom chinesischen Markt sich nicht an einer künftig auch militärischen Eskalation beteiligen würde, ist trügerisch. Die Bundesrepublik gehört ökonomisch-politisch-militärisch zum westlichen Lager, zu NATO, EU, zu den internationalen Finanzinstitutionen.

Seit ihrer Gründung 1949 ist die BRD das Land Europas mit dem größten Anteil US-amerikanischen Kapitals und entsprechend starker politischer Bindung an den US-Imperialismus. Sie profitiert von seiner weltweiten Vormachtstellung, was Konkurrenz und Konflikt untereinander nicht ausschließt. Ein kurzer Blick in den medialen Mainstream und leider auch zunehmend in die „alternativen Medien“ zeigt: Stimmungsmache, Hetze, Mobilisierung nicht mehr allein gegen Russland, sondern nun auch gegen China.

Dabei gibt es Hoffnung: Denn die Stimmungsmache verfährt nicht so, wie es von den Herrschenden gewünscht wird. Die Bewunderung für Chinas Leistungen, nicht nur bei der COVID-19-Bekämpfung sondern bei Armutsbekämpfung, bei technologischem Fortschritt, bei der rasanten Entwicklung der Infrastruktur des Landes, bei Mobilität und

Verkehr, bei der Hebung des Massenwohlstands, beim Gesundheitswesen, in Kultur und Sport nimmt zu - weltweit und in der Bundesrepublik. Genauso der Wunsch, mit China zu kooperieren und sich nicht auf den Kriegskurs der USA zu begeben. Hinzu kommt das wirtschaftliche Interesse bei kleinen und mittleren Unternehmen, stabile Geschäftsbeziehungen mit China nicht einer imperialistischen Globalstrategie zu opfern.



Fregatte Bayern soll im Sommer im Südchinesischen Meer aufkreuzen. Foto: Pedro Carreras, CC 3.0

Die Bundesregierung muss unter Druck gesetzt werden, ihre Teilnahme an Manövern abzusagen, die Kriegsschiffe der Bundesmarine zurückzuholen, die Einmischung in die Angelegenheiten Chinas zu unterlassen und das Völkerrecht zu achten, insbesondere die nationale Souveränität Chinas und aller anderen Staaten. Internationale Verträge, wie der von den USA gekündigte INF-Vertrag, dürfen nicht zu Gunsten der USA und ihrer Anti-China-Strategie sabotiert werden. Die Bundesregierung muss zu einer Annäherung an China gezwungen werden und zu einer Beteiligung Deutschlands an der Seidenstraße - ohne Illusionen darüber, dass die BRD damit sozialistischer würde, aber mit dem Ziel, die Kooperation und Freundschaft mit China auch als wirtschaftliche Alternative zum krisengeschüttelten, westlichen Kapitalismus unter US-amerikanischer Vorherrschaft anzubieten. All dies erfordert eine umfassende Zerlegung des „Feindbildes China“ in all seinen Facetten, das uns tagtäglich eingehämmert wird.

*Björn Schmidt ist Mitglied des Deutschen
Freidenker-Verbandes Hannover*

Artur Leier

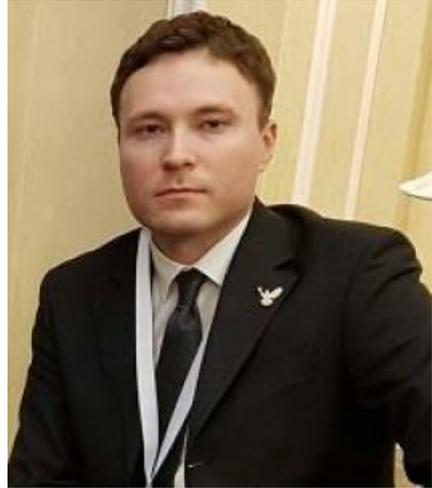
Neue Seidenstraße: Zukunftsprojekt für Europa und Asien

Im Oktober 2008 erreichte ein besonderer Zug den Hamburger Hafen – den größten deutschen Hafen in der zweitgrößten Stadt Deutschlands. Er transportierte 50 Container mit IT-Produkten aus China. Dort begann er seinen langen Weg und reiste 10.000 km in 17 Tagen, um an sein Ziel zu gelangen. Auf dem Weg wurde das Schienennetz mehrerer Länder genutzt, darunter die Transsibirische Eisenbahn in den endlosen Weiten Russlands. 2011 erreichte ein weiterer Zug aus China in 16 Tagen die Stadt Duisburg – den größten Inlandshafen der Welt. 2013 wurde dann ein neuer Rekord aufgestellt: ein Zug mit 51 Containern legte die Strecke von China nach Hamburg in 15 Tagen zurück. Zum Vergleich: ein Containerschiff braucht dafür mehr als die doppelte Zeit.

Eurasische Brücke in die Zukunft

Die Betreibergesellschaft Transeurasia Logistics, auch bekannt als China Railway Express, war ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Deutschland, Russland und China. Vermarktet wurde es unter dem Namen „Trans-Eurasia-Express“. 2017 wurde Transeurasia Logistics in die Deutsche Bahn eingegliedert und in DB Cargo Eurasia umbenannt¹. Dies zeigt, dass der Bedarf an solcher Infrastruktur wächst und das Zukunftspotential in Deutschland erkannt wird.

Ein gut ausgebautes Schienennetz zwischen Asien und Europa bietet dem Güterverkehr eine Alternative, die schneller ist als der Transport über Schiff und günstiger als die Nutzung des Flugzeugs. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind groß und in Russland gibt es seit Jahren Ideen, neueste Technologie einzusetzen, um die Transportzeit noch weiter zu verkürzen. Dazu gehören Überlegungen zu



Artur Leier

Vakuumröhren, in denen die Container bei enormen Geschwindigkeiten um 1000 km/h auf die Reise geschickt werden. Dies könnte den Transport auf wenige Tage verkürzen, vielleicht sogar auf weniger als einen Tag. Kaum vorzustellen, aber Waren aus dem 10.000 km entfernten China wären dann schneller in Deutschland als ein Brief innerhalb des Landes seinen Empfänger erreicht. Die Baukosten sind jedoch enorm, und ob die Technologie dafür bereit ist, scheint noch nicht sicher.

Sicher ist, schon 2016 führte die staatliche Russische Eisenbahn Gespräche mit dem privaten Unternehmen Hyperloop One aus den USA.² Eigene russische Entwicklungen oder weitere Kooperationen zwischen China, Russland und Deutschland sind auch im Bereich neuer Transporttechnologien möglich.

Diese vorhandenen und perspektivischen

¹ <https://eurasia.dbcargo.com>

² <https://www.rt.com/business/343569-russian-railways-hyperloop-technology>

Großprojekte zur Infrastrukturentwicklung zwischen Europa und Asien, manchmal zusammengefasst unter dem Begriff *Neue eurasiatische Kontinentalbrücke*, sind eng verbunden mit einem noch größeren Projekt: Neue Seidenstraße – international bekannt als Belt and Road Initiative.

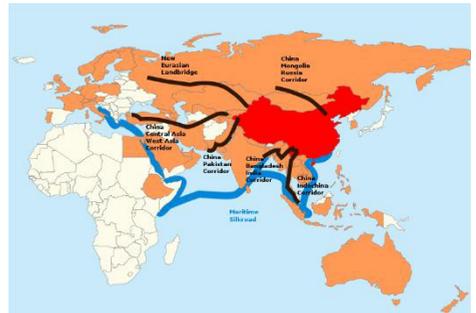
8000 Milliarden für Eurasien und Afrika

Die Neue Seidenstraße ist das größte Infrastrukturprojekt der Geschichte. Sie verbindet die kontinentalen Transportwege Eurasiens mit maritimer Infrastruktur in Süd- und Südostasien, Afrika und darüber hinaus. Das Ziel sind Investitionen in Höhe von 4000 bis 8000 Milliarden USD.

Dabei legt die Neue Seidenstraße einen starken Fokus auf wenig entwickelte Wirtschaften und Regionen. Etwa die Hälfte der bisherigen Investitionen ging an Staaten, die von westlichen Ratingagenturen als wenig kreditwürdig eingestuft werden und keine Aussicht auf ernsthafte Investitionen aus der EU oder den USA haben. Und wenn sich der Westen dort betätigt, dann meist in Form neokolonialer Ausbeutung oder kurzfristigen Profits bzw. Raubbaus. Da ist es verständlich, dass solche Länder an anderen Akteuren, mit anderem Konzept sehr interessiert sind, gerade in Regionen wie Ostafrika.

Es ist ebenfalls verständlich, dass Politiker und Massenmedien aus den imperialistischen Zentren sehr besorgt sind, über diese neue Alternative und den möglichen Ausweg aus der neokolonialen Abhängigkeit. Wenn die Menschen in Afrika aber die Wahl haben zwischen leeren Versprechungen und Milchpulver aus der EU, welches die lokalen Milchbauern ruiniert und Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa verursacht - faktisch ein Programm zur Entvölkerung, dem dann auch Ärzte und Fachleute folgen, die ohnehin schon knapp sind, oder eben realen, langfristigen Investitionen Chinas zur Schaffung von Infrastruktur, ganz ohne Kulturimperialismus und Einmischung in die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Staates, was ja meist eine stille Bedingung für westliche Kredite ist, dann sind diese Länder gut darin beraten sich lieber der Neuen Seidenstraße anzuschließen.

China macht das nicht aus Wohltätigkeit. Langfristige Infrastrukturprojekte dieser Art sind zwar riskant aber dieses Risiko zahlt sich, bei Erfolg, umso stärker aus. Die Empfängerländer haben allerdings bei chinesischen Investitionen kaum etwas zu verlieren. Es handelt sich weder um Abhängigkeit von einer weiteren Wohltätigkeitsindustrie, noch um Kredite des IWF zur Vergrößerung der Armut. Die Neue Seidenstraße hinterlässt auf ihrem Weg neue Straßen, Schienennetze, Häfen und Kraftwerke.



Vorgeschlagene Korridore der Neuen Seidenstraße und Mitgliedsländer der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank

Historische Möglichkeit für Deutschland und Europa

Doch nicht nur Entwicklungsländer profitieren von diesen Investitionen. Für viele Staaten in Europa und besonders für Deutschland eröffnet sich damit die Möglichkeit, von der einseitigen Westbindung wegzukommen und zumindest ein zweites Standbein Richtung Osten zu schaffen. Gerade Deutschland hat die Chance mit Russland seine angeschlagene Energieversorgung zu sichern und über stärkere wirtschaftliche Kooperation mit China und Russland, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Vor allem wäre damit eine Perspektive geschaffen, langfristig gemeinsam mit den aufstrebenden Ökonomien des Ostens zu wachsen. Ganz ohne aufgezwungene neoliberale „Werte“, ohne Verpflichtungen zum Sozialabbau und zur Beteiligung an imperialistischen Kriegen.

Es gibt bereits erfolgreiche Beispiele in Europa, eines davon ist Duisburg. Nach dem

Zusammenbruch der Kohle- und Stahlindustrie kämpfte Duisburg, wie viele andere Städte in der Region, mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Jetzt ist der Hafen, Duisport, westlichster Knotenpunkt der Neuen Seidenstraße und empfängt wöchentlich bis zu 40 Güterzüge aus China.³

80% der Züge von China nach Europa haben Duisburg als Ziel und machen es damit zum wichtigen Verteilerzentrum für ganz Europa. Für die Menschen dort bedeutete dies bislang 7000 neue Arbeitsplätze und eine Zukunftsperspektive. Nach früheren Schätzungen der Deutschen Bahn sollte 2020 eine Menge von 100.000 Containern erreicht werden.⁴ Tatsächlich wurden schon 2017 etwa 100.000 Container über das eurasische Schienennetz transportiert, mit zunehmender

Steigerung.

Das Potential der Neuen Seidenstraße ist in Europa noch lange nicht ausgeschöpft und die Entwicklung positiv: 2019 erreichten die Zugverbindungen bereits 50 Städte in 15 Ländern, darunter London und Spanien.⁵ Mittlerweile brauchen einige Züge nur noch 12 Tage nach Duisburg. Für Deutschland, Russland und China bietet sich hier eine historische Möglichkeit zur gemeinsamen Schaffung eines eurasischen Wirtschaftsraumes mit riesigem Wachstums- und Zukunftspotential, etwas wovon alle Staaten von Europa bis Asien nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch profitieren würden. Die Neue Seidenstraße ist mehr als ein Wirtschaftsprojekt: sie führt zu einer multipolaren Welt auf Basis von Frieden, Souveränität und Wohlstand.

Neue Seidenstraße: Kulturelle Vielfalt statt Kulturimperialismus



Monument für die Eroberer des Weltraums, Moskau

Die Neue Seidenstraße hat drei Hauptrichtungen: Es geht um gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung einer multipolaren Geopolitik. Es geht auch um Alternativen zum westlichen Kulturmonopol. Dies sehen die Transatlantiker als Bedrohung, da sie die kulturelle Hegemonie brauchen um an der Macht zu bleiben.

Druck auf Konfuzius-Institute steigt

Am 31. Dezember 2020 beendete die Universität Hamburg – mit über 40.000 Studenten eine der größten in Deutschland - ihre

Kooperationsvereinbarung mit dem chinesischen Konfuzius-Institut. Dabei ist das Hamburger Konfuzius-Institut seit seiner Eröffnung 2007 ein beliebter Ort zum Kennenlernen der chinesischen Kultur und Erlernen der Sprache.

Die Angebote werden besonders gerne von Studenten genutzt. Einige wollen damit bessere Chancen im späteren Arbeitsleben, andere haben Interesse an der chinesischen Kultur und oft trifft beides zu. Die Konfuzius-Institute sind Teil der chinesischen Bemühungen zur kulturellen Kooperation mit

³ <https://www.duisport.de/kompetenzen/logistische-dienstleistungen/chinaverkehr>

⁴ <https://www.handelsblatt.com/english/china-trade-from-silk-road-to-silk-rail/23543732.html>

⁵ <https://news.cgtn.com/news/3d3d774d3263444d34457a6333566d54/index.html>



Logo der Konfuzius-Institute

Partnerländern. Sie setzen von Anfang an auf Zusammenarbeit mit dem Gastland und sind meist Gemeinschaftsprojekte mit Hochschulen. Das Interesse ist da und steigt, je weiter der wirtschaftliche Aufstieg Chinas voranschreitet. Der Bedarf wächst auch, je mehr die Kultur im Westen absinkt.

Auf einer strategischen Ebene geht es darum, die großen finanziellen Möglichkeiten der Neuen Seidenstraße zu nutzen, um dem Monopol des Westens auch im Bereich der Kultur etwas entgegenzusetzen.

Obwohl dieses kulturelle Potenzial kaum realisiert ist, gibt es schon jetzt politischen Druck. Dies betrifft in Deutschland auch die Universität Düsseldorf, welche die Zusammenarbeit mit dem dortigen Konfuzius-Institut ebenfalls 2020 beendete. Von den international über 500 Standorten wurden fast 10% geschlossen. Im deutschen Politikbetrieb hetzen Die Grünen am lautesten gegen Zusammenarbeit und Kulturaustausch mit China.

Geht es wieder um „Freiheit“?

Was ist der Grund für diesen politischen Druck auf Kulturprojekte? Offiziell geht es wieder um die üblichen Worthülsen wie Freiheit und Demokratie. China wird vorgeworfen die Freiheit von Wissenschaft und Lehre einzuschränken. Angesichts der zunehmenden neoliberalen Gleichschaltung an deutschen Hochschulen ist die Doppelmoral

unübersehbar. Denn ihre Kultur der Redefreiheit und demokratischen Toleranz sieht so aus:

Eine Studie (September 2020) in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ stellte fest, dass etwa die Hälfte der befragten Studenten keine andere Meinung toleriert. Noch mehr gaben an, dass Personen mit abweichenden Sichtweisen keinen Lehrauftrag erhalten sollen. Ein Drittel der Studenten wollte sogar unliebsame Bücher aus den Bibliotheken verbannen. Ob man solche Bücher verbrennen sollte wurde nicht gefragt.

Der Diskurs an westlichen Universitäten und in wachsenden Teilen der Gesellschaft ist zunehmend darauf eingeschränkt, was der neoliberalen Mainstream in Politik, Presse und Kultur vorgibt. Damit kultivieren die kapitalistischen Scheindemokratien das, was die Chinesen als „Baizuo“ bezeichnen: arrogante und intolerante Kleinbürger – zu feige für harte Kritik am heimischen Ausbeutersystem aber sehr mutig in der Verurteilung von Menschen und Staaten, die sich dagegen wehren.

Offensichtlich geht es nicht um Freiheit. Es ist Teil der politischen Kampagne gegen das aufstrebende China, so wie der Informations- und Wirtschaftskrieg, der umso aktiver wird, je erfolgreicher China seinen eigenen Weg geht. Die aggressive Reaktion auf kulturelle Zusammenarbeit hat aber noch einen anderen Grund: **das transatlantische Finanzkapital braucht gerade in Deutschland die kulturelle Hegemonie um an der Macht zu bleiben.**

Sollten Alternativen zur neoliberalen Gehirnwäsche entstehen, dann würden viele anfangen zu hinterfragen ob die einseitige Westbindung sinnvoll ist.

Geschichte der kulturellen Gehirnwäsche

Beginnend mit „Reeducation“ und Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde Westdeutschland ein Kulturmonopol aufgezungen. Vom damaligen Rock 'n' Roll bis zur heutigen Konzernmusik werden Menschen seit früher Kindheit damit manipuliert, was die social engineering-Experten entwickeln.

Heute hat die monopolisierte Unterhaltungsindustrie, von Hollywood bis zum

Oligopol der Musikkonzerne, erst recht eine klare politische Aufgabe und verheimlicht dies kaum noch. Gleiches gilt für Kulturbereiche, wie Literatur oder „moderne Kunst“.

Jetzt weiß man, dass die Verleihung des Literaturnobelpreises an Pasternak eine CIA-Operation war⁶ und moderne Kunst eine Waffe des Kulturkrieges ist.⁷ *Kultur war also schon immer ein wichtiges politisches Schlachtfeld, bei dem es darum geht, die Köpfe und Herzen der Menschen zu erobern.*

Im Kalten Krieg gab es Versuche, dieser gigantischen Kulturmaschine etwas entgegenzusetzen, aber nichts davon konnte sich im Westen etablieren. Stattdessen wurden Personen aus sozialistischen Staaten zu großen Künstlern hochgeschrieben und mit westlichen Preisen überhäuft, sobald sie sich, mangels künstlerischer Leistung, als Systemkritiker profilierten. Je länger der Kalte Krieg andauerte, desto mehr fielen die sozialistischen Staaten in diesem Kampf zurück und als die Möglichkeiten des Internets aufkamen, war es schon zu spät.

Die 1980er waren der ästhetische Höhepunkt der westlichen Offensive im Kulturkrieg. Als die Systemkonkurrenz wegfiel, wurde bewusst ein Prozess ästhetischen Abstiegs und beschleunigter kultureller Degeneration eingeleitet.

Die heutige Situation hat eine schlechte und gute Seite. Schlecht ist, dass der Westen durch Amerikanisierung seit Jahrzehnten selbst da einsickert, wo er sich wirtschaftlich und politisch noch nicht etablieren konnte. Darüber vergiftet er die Jugend der Welt mit seinen Anti-Werten und bereitet die schleichende Übernahme unabhängiger Länder vor. Viele sind anfällig für diese degenerierte, konsumistische und egomanische Anti-Kultur. Gut ist, dass die Unterhaltungsindustrie nun offen als politische Waffe eingesetzt wird.

Immer mehr Menschen kritisieren, dass kaum noch ein Hollywood-Film ohne social engineering auskommt. Die einseitige politische Einmischung der Schauspieler, Sänger und sonstiger Prominenter auf Seiten des

Systems wird zunehmend erkannt und abgelehnt.

Eine Zukunft der kulturellen Vielfalt

Die Völker der Welt warten auf Alternativen. Zum Teil existieren die bereits, sind aber noch nicht ausreichend bekannt; auch deshalb, weil trotz „freiem Markt“ das Monopol von Hollywood mit allen Mitteln verteidigt wird. Außerdem fehlte es auf der Gegenseite an Experten und Finanzmitteln.

Durch die Neue Seidenstraße gibt es nun die historische Möglichkeit, das amerikanische Kulturmonopol zu brechen. Die Finanzen sind da und auch die Wichtigkeit des Themas wurde erkannt.

Es geht aber nicht darum, ein Monopol durch ein anderes zu ersetzen. **Das Ziel ist es, den Weg für kulturelle Vielfalt zu ebnet. Nicht für schlechte Imitationen, sondern für wirkliche, authentische Alternativen.**

Diese müssen sich vor allem in den vermittelten Werten unterscheiden. Große Unterschiede wären: kollektiver Gemeinsinn statt egomanischen Wahnsinnes, mehr Bildung statt mehr Konsum, Familie statt Vereinzelung. Auch die künstlerische Realisierung sollte neue ästhetische Wege beschreiten.

China, Russland und Deutschland haben gute Voraussetzungen um gemeinsam solche Alternativen mit internationaler Ausstrahlung zu etablieren: Jahrtausende chinesischer Kultur, russische Meisterwerke in allen Kunstgattungen, ein halbes Jahrhundert deutscher Filmgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie alle haben zudem Erfahrung mit dem großen kulturellen Gegenentwurf des Sozialistischen Realismus. Eine Weiterentwicklung dieser Traditionen würde sich schnell über das Internet ausbreiten und beweisen, dass kulturelle Vielfalt möglich ist. Die Neue Seidenstraße will die Infrastruktur dafür schaffen.

Artur Leier, Hamburg, ist Vorstandsmitglied im Freidenker-Landesverband Nord und schreibt für die chinesische Medienplattform China Focus

⁶ <https://www.cia.gov/readingroom/collection/doctor-zhivago>

⁷ <https://daily.jstor.org/was-modern-art-really-a-cia-psy-op>

Eike Kopf

China – „mit sozialistischer Orientierung“ oder sich entwickelndes sozialistisches Land?

In jüngster Zeit finde ich selbst in der politischen Meinungsbildung von Kräften, die sich kommunistisch nennen, Wertungen, dass z.B. Kuba, Vietnam und China lediglich „Länder mit sozialistischer Orientierung“ seien. Gehen wir bei der kurzen Erörterung der Fragestellung der Reihe nach vor.

In der letzten Minute der Erdgeschichte, d.h. vor etwa 1.000.000 Jahren, entstand aus dem Tierreich durch Arbeit, d.h. durch die Herstellung der zum Leben benötigten Mittel für Nahrung, Kleidung und Unterkunft die Menschheit.

Anfang März 2019 wurde von Archäologen mitgeteilt: Die Ruinen einer Bronzewarenen-Gießerei, die vor rund 2700 Jahren gegründet wurde, wurden in der zentralchinesischen Provinz Henan ausgegraben. Öfen, Poliersteine, Gebläse für Kamine, Pfannen für geschmolzene Bronze und weitere Relikte wurden bei den Ruinen von Guanzhuang in Xingyang, dem westlichen Teil der Provinzhauptstadt Zhengzhou, gefunden. Es wurden 3000 Formen in der 2000 m² großen Werkstatt freigelegt, darunter welche für die Herstellung von Musikinstrumenten, Waffen, Wagen und Pferde-Geschirr. Einige Formen sind groß und haben zarte Zierstreifen, was darauf hindeutet, dass die Anwender der Bronzewarenen der hohen Gesellschaftsschicht angehörten.

Die Werkstatt wurde vermutlich von 770 bis 650 v. Chr., während der westlichen und der östlichen Zhou-Dynastien genutzt. Es wurden zuvor weitere Bronze- und Steingutwerkstätten auf einer gesamten Fläche von 130 ha. ausgegraben. Die Ruinen von Guanzhuang haben vermutlich zu einer Stadt gehört, welche zur Herstellung und Lagerung von Waren und Materialien gedient haben.



Prof. Dr. Eike Kopf

Es sei zum Vergleich mit Westeuropa daran erinnert, dass die Schlacht der Germanen im Teutoburger Wald gegen die Römer etwa ein dreiviertel Jahrtausend später, im Jahre 9 n.u.Z. stattgefunden hat. Für den berühmten deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel stand in den 1820er Jahren fest, dass die Weltgeschichte mit China begann.¹

Blicken wir wieder auf die eingangs erwähnte Erdgeschichte: Wenigstens 99% der gesamten Dauer ihrer Existenz hat sich die Menschheit ohne sklavenhalterisches, feudales und kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln entwickelt, das – großzügig gerechnet – vor 10 000 Jahren (z. B. in Mesopotamien, im Zweistromland) entstand. Die genannten Formen des Privateigentums

¹ Siehe Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Akademie-Verlag Berlin 1970, S. 275-278.

haben in der Entwicklung der produktiven Kräfte der auch zahlenmäßig wachsenden Menschheit jeweils eine wichtige Rolle gespielt. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland 1917, also seit einem Jahrhundert ist sie dabei, den „normalen“ Gesellschaftszustand – aber mit planmäßiger und bewusster (erkenntnisreicher) Wechselwirkung zwischen Mensch und übriger Natur auf historisch höherer Ebene zu verwirklichen, was sich als kein leichter Vorgang erwies und erweist.

Die realen geschichtlichen Vorgänge, reich an Kämpfen, haben dazu geführt, dass von Mao Zedong 1949 die Volksrepublik China ausrufen konnte, nach einem opferreichen Kampf unter Führung der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei. Dabei handelte und handelt es sich um eine zahlenmäßig relativ kleine Partei (heute mit ca. 90 Millionen Mitgliedern im Vergleich zu den 1400 Millionen Einwohnern) und um ein Land mit einem Fünftel der Erdbevölkerung und 55 Nationalitäten verschiedener historischer Entwicklungsstufen.

Diese Republik des Volkes erwies und erweist sich als lernfähiger, selbstkritischer, konstruktiver und mächtiger Entwicklungsfaktor der Menschheit. Dazu wertet die KPC die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung und des real, also tatsächlich im 20. Jahrhundert vorhanden gewesenen Sozialismus, aufmerksam aus.

Die 1917 bis 1989/1990 real vorhandenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen zwischen der VRCh und den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind der historisch gewachsene reale Hintergrund dafür, dass es auch heutzutage zwischen den Nachfolgestaaten der bis 1990 vorhandenen sozialistischen Republiken der Sowjetunion und Europas, und den sozialistischen Staaten Asiens und der Karibik einerseits und der VR China andererseits konstruktive und sich gut entwickelnde Beziehungen gibt. Von diesen seit Mitte des 20. Jahrhundert gewachsenen volksdemokratischen und sozialistischen Beziehungen profitiert heute objektiv auch die Europäische Union – obwohl von ihr in

Übereinstimmung mit der NATO bei vielen Gelegenheiten Russland und China als größte Gegner politisch und ideologisch angegriffen werden.



Mao Zedong proklamiert die Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 auf dem Tian'anmen-Platz in Peking

Sozialistische Erkenntnisse und Erfahrungen sind keine „Erbmasse“; jede Generation muss auch sozialistische Positionen kritisch erwerben. Das heißt, dass überholte Positionen aufgegeben, brauchbare beibehalten und noch nicht erprobte neue mutig erworben und einbezogen werden müssen.

Jeder weltoffene Mensch, der an der Verbesserung der Lebensbedingungen der für die Werte und Werke schaffenden Menschen in Stadt und Land teilnehmen will und dem kein reiches Erbe in die Wiege gelegt wurde, hat aus mündlichen Berichten oder aus der Lektüre lobenswerte Vorstellungen, Ideale und Ziele. Wer, erwachsen werdend, für kommunistische und als deren Vorstufe sozialistische Ideale und Zielstellungen keine Zustimmung entwickelt, dürfte als ein herzloses Wesen bezeichnet werden.

Jedoch sollte sich jeder Mensch bzw. jede Bewegung vor einer Handlung rational bewusst machen: *Wie ist der betreffende gewordene konkrete objektive Sachverhalt, der in räumlichen Zusammenhängen und zeitlicher Veränderung existiert, der erkannt und daraufhin zielstrebig verändert werden kann?*

Die sich im Anfangsstadium des Sozialismus befindliche Republik des Volkes Chinas hat selbst in der weltweiten COVID-19-Pandemie für ein Fünftel der Erdbevölkerung folgende „handfesten“ Leistungen abrechnen können:

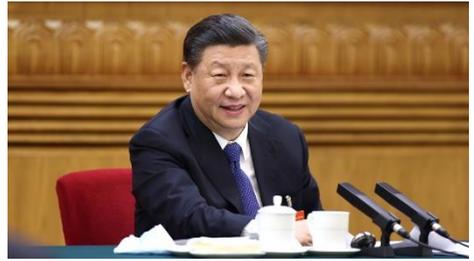
Wirtschaftliche Zwischenbilanz

22.5.2020 - Ministerpräsident Li Keqiang legte im *Regierungsbericht an die 3. Tagung des XIII. Nationalen Volkskongresses*, d. h. des Zentralparlaments der Volksrepublik China, u. a. dar:

- „Chinas Brutto-Inlandsprodukt (BIP) betrug 2019 99,1 Billionen Yuan und wuchs um 9,1%. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 13,52 Mio.; die Arbeitslosenquote betrug 5,3%; die Getreideproduktion betrug mehr als 1,3 Billionen Jin (1 Jin = 500 Gramm).
- Die Zahl der Unternehmen wuchs durchschnittlich pro Tag um mehr als 10 000. Statt der geplanten Steuerermäßigungen von 2 Billionen Yuan wurden Steuer- und Gebührenermäßigungen von 2,36 Billionen Yuan getätigt.
- Die Zahl der Landbewohner wurde um 11,9 Millionen verringert.
- Die Armutsquote sank auf 0,6%.
- Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Einwohner lag bei mehr als 30 000 Yuan.
- Die Verhütung und Beseitigung von Umweltverschmutzung wurde kontinuierlich vorangetrieben.
- Die Durchführungsvorschriften für das Gesetz über ausländische Investitionen wurden bekannt gemacht.
- Neue Bereiche der Shanghaier Pilot-Freihandelszone wurden errichtet.
- China hat 2019 seine Hauptziele der ökonomischen und übrigen gesellschaftlichen Entwicklung erreicht.

Mit großen Schwierigkeiten wurde die COVID-19-Epidemie in relativ kurzer Zeit wirksam eingedämmt und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung gesichert.

Das öffentliche Gesundheitswesen genießt bei der Gewährleistung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung absolute Priorität. Das verkörpert nicht nur Chinas Entwicklungsgedanken, der das Volk in den Mittelpunkt stellt, sondern auch Chinas Credo der Regierungsführung, nämlich die Sorgen und Nöte der einfachen Bevölkerung aus der Welt zu schaffen. Gute Gesundheit bildet die Grundvoraussetzung für das Leben und die Entwicklung



Präsident Xi Jinping bei der Eröffnung des Nationalen Volkskongresses am 5. März 2021

der Menschheit und ist auch Sinnbild der Prosperität einer Nation sowie des Wohlstandes und der Stärke eines Landes. Das Recht der Menschen auf gute Gesundheit bildet einen wichtigen Bestandteil der grundlegenden Menschenrechte und der Schutz der Gesundheit gehört zu den Hauptwertvorstellungen der menschlichen Gesellschaft.

CoViD-19 und Volksgesundheit

Die Volksgesundheit ist nicht nur ein Thema der Lebenshaltung, sondern ist auch eine wichtige politische, wirtschaftliche und soziale Frage. Der Aufbau Chinas zu einem Land mit gesunder Bevölkerung betrifft nicht nur das heutige Wohlergehen der Bevölkerung, sondern ist auch für die Gesamtlage des Landes, dessen langfristige Entwicklung sowie für Chinas gesellschaftliche Stabilität und seine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung von Belang.

Angesichts der Schwierigkeiten muss die entscheidende Linie der Gewährleistung der grundlegenden Lebenshaltung der Bevölkerung mit Entschlossenheit eingehalten werden. Die Angelegenheiten, die der Bevölkerung am Herzen liegen, sollen durch Anstrengung am Herzen liegen, sollen durch Anstrengung gut erledigt werden.

Das Jahr 2020 ist für China und auch für den Rest der Welt wirklich kein leichtes Jahr. Die COVID-19-Pandemie beeinflusst und beeinträchtigt verschiedene gesellschaftliche Lebensbereiche. Während der gesamten Entwicklungsgesamtlage des Sozialismus chinesischer Prägung befolgt China seit jeher das Prinzip, den Schutz von Menschenleben über alles zu stellen. So wurde etwa die Losung

formuliert: Menschenleben wiegen schwerer als der Taishan-Berg und Prävention und Kontrolle sind unsere Pflichten!

Auf diese Weise hat China einen „Volkskrieg“ zur Prävention und Kontrolle eingeläutet und diese entschieden geführt. Um den Kampf gegen COVID-19 endgültig zu gewinnen, muss der Schutz der Gesundheit und der Lebenssicherheit der Bevölkerung an erster Stelle stehen. Dies wird mit aller Deutlichkeit in der Zielstellung der KPCh sowie in deren Mission verkörpert und bedeutet, das System der Krankheitsprävention und -kontrolle zu reformieren, das Direktmelde- und Frühwarnsystem für Infektionskrankheiten zu vervollkommen und daran festzuhalten, Informationen über Epidemie rechtzeitig, öffentlich und transparent bekannt zu machen. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung in den Bereichen Impfstoffe, Arzneimittel und Schnelltestverfahren sind aufzustocken. Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, von der Basis bis zur zentralen Ebene und von der Logistik bis zur vordersten Front die umfassende Verteidigungslinie zur Epidemiebekämpfung entschlossen zu festigen.

Gute Gesundheit ist für die Verwirklichung des Wunsches der Bevölkerung nach einem schönen Leben von zentraler Bedeutung. Diesem Leitgedanken wurde 2019 in der Regierungsführung deutlich Rechnung getragen.

Für das Wirtschaftswachstum des gesamten Jahres wurde kein konkretes Ziel gesetzt, weil es Unwägbarkeiten der weltweiten Lage hinsichtlich der Wirtschaft und des Handels gibt. Es erfolgten angemessene Anpassungen der vor der Epidemie ausgearbeiteten Zielvorgaben für 2020:

- Die Stabilisierung der Beschäftigung und die Gewährung der Lebenshaltung der Bevölkerung haben Vorrang.
- Den Kampf zur Lösung von Schlüsselproblemen bei der Überwindung der Armut gilt es mit Entschiedenheit zu gewinnen und durch Anstrengungen sind die Zielvorgaben für die umfassende Vollen- dung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu realisieren.
- Die Zahl der Beschäftigten soll um mehr als 9 Mio. steigen und die Quote der

Arbeitslosen in Städten unter 5,5 bis 6% gehalten werden.

- Die Endverbraucherpreise sollen nicht mehr als 3,5% steigen.
- Es wurde erreicht, dass das Jahr 2020 das Jahr wurde, in dem die absolute Armut beseitigt wurde.
- *Alle* nach den geltenden Normen eingestufte Landbewohner sollen aus der Armut befreit werden wie auch alle ‚armen Kreise‘.
- Das Wachstum der Bevölkerung soll grundsätzlich in Einklang mit dem Wirtschaftswachstum gebracht werden.
- Für Im- und Exporte sollen Stabilität und Qualitätserhöhung verwirklicht und eine grundsätzlich ausgewogene internationale Handelsbilanz erreicht werden.
- Schwere und große Finanzrisiken sollen effektiv verhütet und kontrolliert werden.
- Der Gesamtenergieverbrauch in Relation zum BIP und die Ausstoßmenge von Schadstoffen sollen gesenkt und die Zielvorgaben des 13. Fünfjahrplans realisiert werden.
- Sonderstaatsobligationen zur Epidemiebekämpfung in Höhe von 1 Billion Yuan sollen emittiert werden.
- Die landwirtschaftlichen Anbauflächen sind zur Armutsüberwindung um 80 Mio. Mu (1 Mu = 1/15 ha) zu vergrößern.
- Das ‚Internet Plus‘ ist voranzubringen.
- Der 14. Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und der übrigen gesellschaftlichen Ebenen (2015-2021) ist gut auszuarbeiten.

Die weitere Entwicklung des Landes hängt auch von einigen schwer voraussehbaren und zu beeinflussenden Faktoren ab. Dennoch gibt es eine Stabilität, die als Grundlage für die umfassende Vollen- dung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand betrachtet wird.

Die Regierung konzentrierte sich 2020 auf die Stabilisierung der Beschäftigung, des Finanzmarktes, des Außenhandels, der Aus- und Inlandsinvestitionen bzw. der Markterwartungen. Durch diese großen Anstrengungen sollen die Zielvorgaben für die umfassende Vollen- dung des Aufbaus einer

Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand realisiert werden.“

In China waren weltweit seit dem 19. Jahrhundert die niedrigsten Arbeitslöhne gezahlt worden. Von 1865 bis 1869 arbeiteten 15 000 chinesische Eisenbahnarbeiter – das waren 85% aller eingesetzten Arbeitskräfte – beim Bau der ersten transkontinentalen Eisenbahnlinie der USA, der Central Pacific Railroad.

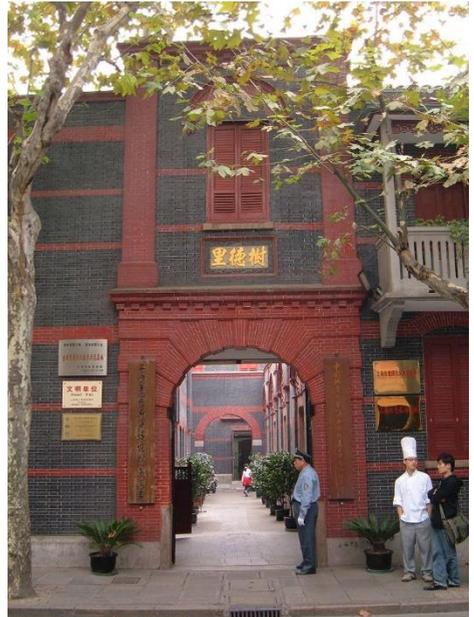
Am 1. Oktober 2020 beging die Volksrepublik China den 71. Jahrestag ihrer Gründung. Sie gehörte 1945 zu den Gründerstaaten der Organisation der Vereinten Nationen. Sie hatte im antijapanischen Krieg seit 1937 einen international wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus geleistet.

Noch im Oktober 1949 war die junge Republik von der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik diplomatisch anerkannt worden; zwischen ihnen wurden wirtschaftliche und andere Beziehungen aufgenommen, die ab 1987 intensiviert wurden.

China stützt sich beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf den Marxismus-Leninismus. Dafür übersetzt es als einziges Land die seit 1975 herausgegebene zweite historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) für die zweite chinesische Ausgabe der Werke von Marx und Engels in 70 Bänden, wobei der Autor der vorliegenden Publikation, der selbst an mehreren Bänden der MEGA² beteiligt war, seit 1997 dabei unterstützt.

Der Aufbau sozialistischer Gemeinwesen erfordert eine möglichst realistische Bewertung der historisch, traditionell usw. konkreten Ausgangssituation, der Kräfte, der Mittel, der Erfahrungen usw., um – bei militärischer Absicherung nach außen – im Inneren des betreffenden Landes und seiner Ressourcen kenntnisreich und planmäßig die Mittel für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Altersfürsorge, Bildung, Erholung, Künste usw. zu produzieren.

Dass dabei Werktätige in Stadt und Land, aber auch Handwerker, selbst Unternehmer, Geistesschaffende usw. einbezogen werden können und sollten – ist eine in der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch inter-



Gedenkstätte 1. Parteitag der KP Chinas in Shanghai. Nach Gründung erster Organisationen in Shanghai (August 1920), Peking (Oktober 1920) und in weiteren Städten fand hier der 1. Nationale Parteitag am 23.07.1921 statt. An diesem Tag feiert die KP Chinas 2021 ihr 100-jähriges Bestehen.

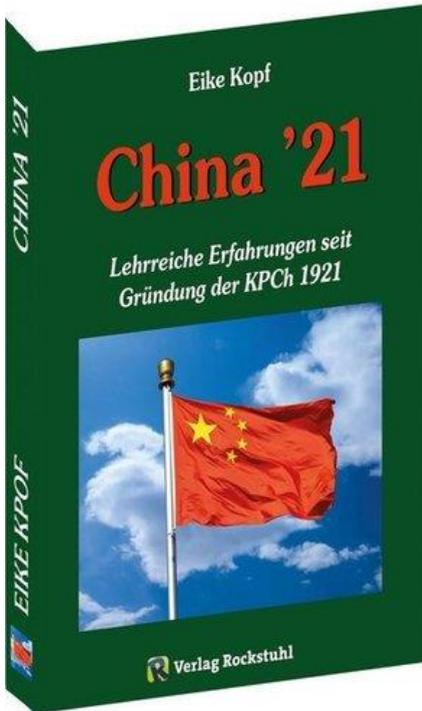
national gemachte Erfahrung.

Das sich bis 2049 im Anfangsstadium des Sozialismus befindliche Entwicklungsland Volksrepublik China ist inzwischen hinter den USA die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Erde. Die oben mitgeteilten Fakten zum Subkontinent China und seiner Ausgangsbedingungen 1949 sprechen für sich.

Eine theoretisch fundierte Einschätzung epochaler Vorgänge seit der Oktoberrevolution 1917 muss die realen geschichtlichen Orientierungen, Bewegungen, Kämpfe und Ergebnisse objektiv zugrunde legen.

China ist folglich nicht nur ein „Land mit sozialistischer Orientierung“ – denn ein Kind ist ein Mensch, und nicht nur ein „Lebewesen mit menschlicher Orientierung“.

China befindet sich bis 2049 in der Anfangsphase des Sozialismus, mit international wachsender Entwicklungs- und Ausstrahlungskraft.



1921 gründete eine linke Gruppe der Nationalen Volkspartei (Guomindang) in Shanghai illegal die Kommunistische Partei Chinas. Diese derzeit etwa 90 Millionen Mitglieder zählende Partei hat im ersten Jahrhundert ihres Bestehens durch ihre Volksverbundenheit eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht und die Weltgeschichte wesentlich beeinflusst. Diese Partei, die 1949 die Gründung der Volksrepublik China inspirierte und organisierte, begeht 2021 ihren 100. Gründungstag - daher rührt der vorliegende Titel "China '21".

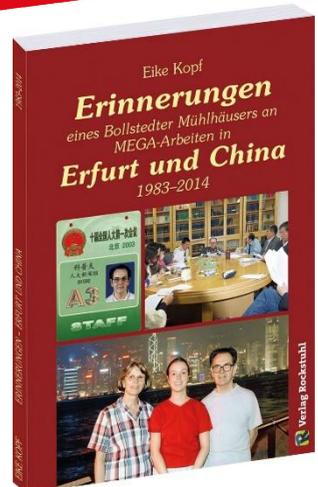
Diese Erfolgsgeschichte hat der Autor seit 1997 in China miterlebt.

2020, Verlag Rockstuhl. 288 Seiten, 19,95 Euro

Prof. Dr. Eike Robert Kopf, geb. 1940 in Bollstedt, Kreis Mühlhausen/Thür.; 1961-1966 Studium der Philosophie, Ökonomie und Geschichte in Leipzig und Jena; 1967 in Jena Promotion (Dr. phil.); 1974 in Potsdam Habilitation (Dr. phil. habil.); 1967-1991 Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule „Dr. Theodor Neubauer“ Erfurt/Mühlhausen; seit 1965 Marx-

Engels-Forscher; seit 1978 Bearbeiter von Bänden der internationalen akademischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²); 1982 Berufung zum ordentlichen Professor für Philosophie; seit 1997 ausländischer Experte bei der chinesischen Regierung für die 2. chinesische Ausgabe der Werke von Marx und Engels in 70 Bänden auf der Grundlage der MEGA² und die Redaktion mehrerer deutscher Fassungen der Regierungsberichte für Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses, d. h. des Zentralparlaments Chinas; mehr als 500 Veröffentlichungen.

Weitere Bücher des Autors im Rockstuhl-Verlag:



Einar Schlereth

WE love CHINABASHING ...

... je mehr desto besser – abwechselnd mal mehr auf die Russen, dann mal mehr auf die Chinesen, dann wieder gleichzeitig auf beide. Alle Rassisten-Einpeitscher, Kriegstreiber und Kriegsgewinnler, Medienhuren und Polit-schranzen im „freien Westen“ atmen hörbar auf, weil dann alle Glotzen-Abhängigen all den Mist vergessen können, der hier am dampfen ist.

Das Merkel-Regime kann lässig die Staatskasse um einige hundert Milliarden Euro erleichtern und der EZB-Bank oder Big Pharma in den Rachen werfen. Es kann auch im Gemauschel mit den netten Herren von der Waffenlobby die Produktion drastisch ankurbeln, da wir uns dringend auf den nächsten Ritt gegen diese Untermenschen im Osten vorbereiten müssen.

Tredje gången gilt! sagt man hier in Schweden, das heißt: Aller guten Dinge sind drei! Zweimal ordentliche Prügel erhalten, das reicht nicht. Allerdings wird das 3. Mal für Deutschland das endgültige AUS sein. Dann können die wenigen Überlebenden ihre atomar verseuchten sieben Sachen einsammeln und sich einsargen. Das hat ihnen Putin deutlich genug vorgerechnet, aber was der sagt, kann man ja vergessen.

Das „Genozid“-Thema wird besonders gerne gespielt – von den USRAELEU-Experten, die kennen sich da gut aus. Die USA haben es 244 Jahre lang (abzüglich 17 Friedensjahren) eingeübt – so etwa 100-200 Millionen Opfer kommen da zusammen. Prof. Gideon Polya aus Australien hat das exakt ausgerechnet.

Die Engländer waren nicht viel besser, weil die ja das erste echte Weltimperium errichtet hatten – in dem die Sonne wirklich nicht unterging. Da kamen die Spanier und Franzosen nicht richtig mit. Die Spanier waren im Abarbeiten von Genoziden besser. Die schafften in knapp hundert Jahren 60 Millionen Indigene in Südamerika.

Wir haben es jedenfalls hier mir Experten



Einar Schlereth

zu tun, die genau wissen, wann und wo echte Genozide stattfinden.

Der pompöse US-Pompeo z. B. – eine Mischung aus Dick und Doof – hat auf den letzten Drücker noch beim Räumen seines Büros den Chinesen einen furchtbaren Genozid an den Uiguren angehängt: „Erzwungene Sterilisierung, erzwungener Abort und zwangsweise Familienplanung“. Das hat er sich von einem Deutschen – ausgerechnet – „ausgeliehen“, einem gewissen Adrian Zenz, ein rechter religiöser Extremist, der im Kampf gegen die Chinesen „von Gott geführt“ wird. Und was der in seiner Suppenküche zusammenrührt, wurde dann von Pompeo und allen wahren und guten Medien wie Associated Press, CNN und BBC dankend übernommen (das haben Gareth Porter und Max Blumenthal hier veröffentlicht: <http://www.information-clearinghouse.info/56350.htm>).

Und dann haben wir ja noch die Tibeter, die auch pausenlos ausgerottet, unterdrückt, maltätriert und misshandelt würden.

Ein englisches Journalisten-Ehepaar, Stuart und Roma Gelder, gaben bereits 1964 ihr Buch über ihre Reisen in Tibet heraus (**The Timely Rain**), in dem sie Tibet vor der Befreiung als „eine Maschine der Unterdrückung“ beschrieben und erklärten, wie die „uner-

trägliche Tyrannei der Mönche das Volk terrorisierte“. Das Buch benutzte ich schon in den 1968-er Jahren als ein wichtiges Argument gegen das damalige China-bashing. Doch immer wieder bis heute bringen die Presstituierten ständig die Stories über Unterdrückung, KZs und Genozid in allen renommierten Medien unter.

Die Chinesen haben also beizeiten Erfahrungen sammeln können, wozu indigene Minderheiten für die Imperialisten gut zu gebrauchen sind. CIA, NED, BND, MI5 und vor allem die Zionisten sind die Elemente gewesen (und sind es noch), die in großen Ländern wie China, Russland, Sudan, Kongo, in Libyen, Iran, Algerien etc. für Spaltung, Aufstände, religiöse Auseinandersetzungen und Kriege gesorgt haben.

Deswegen ist schon unter Mao Tse-tung eine vorbildliche Politik, auch den kleinsten Minderheiten gegenüber, ausgearbeitet worden. Alle konnten ihre Sprache und Kultur benutzen und weiterentwickeln, sie hatten eigene Schulen und Bildungsstätten, Tempel, Kirchen, Moscheen und weitgehende Selbstverwaltung. Was zum Beispiel für Chinesen galt, wurde niemals den indigenen Völkern aufgezungen. So wurde die 1-Kind respektive die 2-Kind-Politik nicht bei Indigenen eingeführt.

Übrigens ist gerade ein neues Buch von Maxime Vivas „**Uiguren – Schluss mit den Fake News**“ erschienen, das auf eigenen langjährigen Erfahrungen basiert. In einem Interview (https://kommunisten.ch/index.php?article_id=1617#fn653811871604de24c1b361-1) sagt er u.a.: „Heute werden Tausende von Terroristenlehrlingen chinesischer Nationalität von Al-Kaida in Syrien ausgebildet, nehmen an Kriegsaktivitäten teil und kehren dann nach China zurück, um ihre finsternen Aktivitäten fortzusetzen. Die 22 Uiguren, die eine Zeit lang in Guantanamo Bay festgehalten wurden, wurden ja nicht in China von den Vereinigten Staaten gefangen genommen, oder?“

Auch Prof. Dr. Wolfram Elsner behandelt in seinem Buch „**Das chinesische Jahrhundert**“ (erschienen 2020 im Westend-Verlag) die Minoritätenfrage: „56 Ethnien, darunter 55 Minderheiten“.



Die uigurische Tänzerin Amina Yusup mit einer Tanzgruppe in Kashgar im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang im Nordwesten Chinas german.china.org.cn

Es ist schon grotesk, dass die Länder, die ihre Minderheiten grob misshandeln, unterdrücken, sie in die entsetzlichste Armut versetzen, ihnen ihre Reichtümer in und über der Erde stehlen oder boshaft und mutwillig zerstören (man denke nur an die brutale Ausrottung der Bison in Nordamerika), wie die USA, Kanada, Brasilien, Indien, Indonesien (das gerade heftig über die Behandlung der Rohingya in Burma protestierte) etc., sich besonders ihr Maul zerreißen über nicht existente Genozide und Misshandlungen von Minderheiten. Selbst das kleine Schweden jodelt kräftig mit, hat aber in dem Trubel vergessen, das Abkommen zum Minderheitenschutz zu unterschreiben.

Kann es etwa sein, dass China, das nicht auf dem Boden abendländisch-christlicher Kultur steht, sondern seine Staatsräson eine ethische ist, also weltlich, dass es 1000 Jahre keine Kriege geführt hat, um andere Völker zu unterwerfen, auszubeuten, millionenfach zu ermorden, sondern sich in den eignen Grenzen gehalten hat und seine riesige Bevölkerung auf einem eigentlich viel zu kleinen Ackerland gesund zu ernähren gewusst hat?

Ein Land, das trotzdem die größte Wirtschafts- und am meisten fortgeschrittene Industriemacht der Welt war, bis vor 200 Jahren die Imperialisten geschlossen einmarschierten, um Ordnung zu schaffen, will sagen, um alles kurz und klein zu schlagen und alles zu stehlen, was nicht niet- und nagelfest war. Ja, es folgten „100 Jahre der Erniedrigung“, wie diese Phase in China genannt wird. Aber

China ist dabei, in wenigen Jahren wieder die größte Macht zu werden, in jeder Hinsicht - in Wirtschaft, Technik, Medizin, Kultur, Ökologie, Gesundheit.

Totale Überwachung = Terrorregime?

Unentwegt bekommt man über China zu hören: es sei mit seiner totalen Überwachung ein „Terror-Regime“. Großbritannien hat eine noch viel stärkere Überwachung mit Kameras an allen Ecken und Enden und mit Gesichtserkennung eingeführt – seltsamerweise spricht da niemand von einem Terrorregime. Oh Pardon, das ist ja christlich, demokratisch, königlich und kapitalistisch. Und nicht weltlich, undemokratisch, sozialistisch und kommunistisch.

Was hat es nun mit den Kameras auf sich. Soweit ich es verstanden habe, geht es z. B. um Umweltvergehen; was bei uns allenfalls ein Kavaliersdelikt ist, das wird in China ein kontrolliert, stillgelegt und bestraft. In China können die Schiffe auch nicht mehr mit dem dreckigsten und billigsten Öl über die Weltmeere schhipern. Bei uns dürfen das sogar die Luxus-Liner-Kreuzfahrtschiffe unter grüner Flagge mit einem tonnenschweren Schwanz von hochgiftigen Abgasen. Das sind die kleinen, feinen Unterschiede.

Soweit habe ich verstanden, wenn es aber zur Cyber-Technik geht, greife ich doch lieber zu dem Abschnitt im Buch von Wolfram Elsner:

„Die Albräume kapitalistischer Megastädte, in Südostasien etwa, mit ihren explodierenden Slums, ihrer Unregierbarkeit und ihrer teils völlig fehlenden Lebensqualität kann die chinesische Stadtpolitik jedenfalls verhindern. Daher werden chinesische Städte zu intelligenten, auch elektronisch verkehrsgesteuerten »Smart Cities« ausgebaut, in denen durchschnittliche Bewegungen der Menschen registriert und ausgewertet werden. Die entsprechende Cyber-Infrastruktur ist eingebettet in zahlreiche interdisziplinäre Forschungsprojekte zur Ermittlung der Raum-Zeit-Wahrnehmungen und entsprechenden Verhaltensweisen der Menschen. Erklärte Ziele sind die Verbesserung der Lebensqualität, des sozialen Zusammenhalts und der

urbanen Governance. All diese Dinge werden in China in öffentlichen Debatten, wissenschaftlichen Konferenzen, öffentlich zugänglicher Literatur und bei konkreten Maßnahmen breit und kritisch diskutiert. (Von mir hervorgehoben. D. V.) Dennoch glauben westliche Medien offensichtlich die chinesische Wahrheit besser zu kennen und genau zu wissen, dass in China nur eine neue Überwachungsdictatur beabsichtigt ist.“ (Elsner, S. 189)

Ein weiterer Aufreger in der Diktatur-Erzählung sind die „Sozialpunkte“. Der Artikel von In „Sozio-ökologische Transformation durch Sozialpunkte?“ schreibt Madeleine Genzsch (liegt dem Elsner-Buch bei), dass für die von XI Jinping genannte der Begriff der „ökologischen Zivilisation“ geprägt wurde, „eine Gesellschaft, die sich aufgrund der globalen ökologischen Herausforderungen und sozialen Ungerechtigkeit auf Nachhaltigkeit ausrichtet und in ihrem Wirken auf sozialen und ökologischen Prinzipien beruht“.

Als Instrument dient „ein Anreiz- und Lenkungsmechanismus, der rechtmäßiges und moralisches Verhalten belohnt beziehungsweise destruktives Verhalten bestraft“. Dabei geht es um Einhaltung von Bauvorschriften, Verkehrsvergehen, Internetkriminalität, zuverlässige Zahlungsabwicklung, Strafen für korrupte Beamte, Belohnung von umweltfreundlichem Konsum etc. „Laut einer Studie der Freien Universität Berlin befürworten 80 Prozent der chinesischen Internetnutzer das Sozialkreditsystem“.

Prof. Elsner weist auch die Diffamierung der Nachbarschafts-Komitees als „Instrumente der Diktatur“ zurück. „Die Nachbarschaftskomitees begannen in den 1950er Jahren als städtische Graswurzeln. Als Selbstverwaltungseinheiten des Volkes wurden sie auf Anregung von Mao Tse-tung, dem Gründer des sozialistischen Chinas, institutionalisiert.

Dieses erste Nachbarschaftskomitee waren die 200, die sich kurz nach der Gründung der Volksrepublik China am 23. Oktober 1949 in der Shangyangshi-Straße von Hangzhou eintrugen und alle zur Wahl des Vorsitzenden des Nachbarschaftskomitees gingen. Ende der 1980er Jahre wurden in allen Städten Chinas

Nachbarschaftskomitees gegründet. Die Mitglieder der Komitees werden von den registrierten Haushalten für drei Jahre gewählt. Der gewählte Vorsitzende und Sekretär wird von den lokalen Regierungen bestätigt. Früher wurden oft Rentner für diese Aufgabe gewählt, heute gibt es sogar Vorsitzende, die einen Dokortitel haben. Das niedrigste Bildungsniveau ist ein Bachelor-Abschluss.

Teenager werden oft für verschiedene Projekte eingesetzt. Die wichtigste menschliche Quelle sind die registrierten Freiwilligen.

Die Aufgaben der Nachbarschaftskomitees sind:

- Die Anwohner über die Verfassung, Richtlinien und Gesetze zu informieren,
- das Einsammeln der Abonnements für das Wohnhaus und die Baustelle und die Kennzeichnung der Dokumente,
- Zur Unterstützung der legitimen Rechte der Bewohner beizutragen,
- Zum Schutz des öffentlichen Eigentums,
- Organisation von Gemeinschaftsveranstaltungen und Unterhaltung,
- Friedensstiftende Maßnahmen bei geringfügigen Meinungsverschiedenheiten,
- Zur öffentlichen Sicherheit beitragen,
- Hygiene in Gemeinschaftsräumen zu regeln,
- Pflege der älteren und behinderten Menschen, Erziehung der Jugend und Verbesserung der sozialen Sicherheit,
- Vorschläge der Bürger an die Regierung heranzutragen.

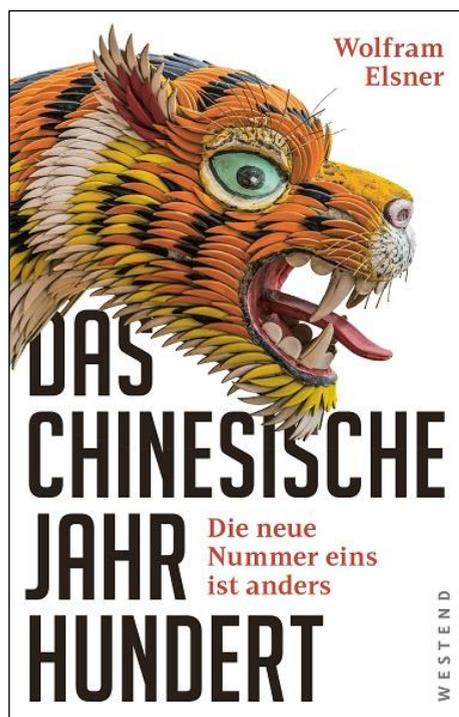
Der Vorsitzende des Komitees ist für die Koordination verantwortlich. In jedem Komitee gibt es einen stellvertretenden Vorsitzenden. Jedes Mitglied des Komitees ist für einen bestimmten Bereich zuständig. Diejenigen, die mit diesen Aufgaben betraut sind, werden für die zivile Regierung, die soziale Wohlfahrt und die soziale Unterstützung angewiesen."

(„Das Geheimnis von Chinas Erfolg: Nachbarschaftskomitees“, übersetzt v. Adnan Akfirat - <http://www.defenddemocracy.press/>)

Zum Schluss noch eine interessante Beobachtung meines kürzlich verstorbenen Freundes André Vltchek, die er auf seinen vielen Reisen, Reportagen und Vorträgen in China machte: „Viele Weiße kommen in

China an und werden wütend. Das Land ist ja schöner und sauberer und gepflegter, und die Städte sind auch unvergleichlich schöner und grüner und blühender. und die Menschen scheinen glücklicher zu sein. Das haben die uns abgesehen und gestohlen.“ Darüber kann man ja nur lachen. Das hat den Amerikanern immerhin ihr vormaliger Präsident erzählt. Wie hieß der schnell nochmal?

Einar Schlereth lebte nach Studium in Hamburg und Freiburg i. Br. in verschiedenen europäischen Städten und seit 1997 in Schweden. Er arbeitete in rund 50 Branchen und ist Autor zahlreicher Bücher, Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes und Herausgeber des Blogs einartysken



2020 Westend Verlag, 384 S., 24 Euro;
 (Das Buch kann auch heruntergeladen werden:
www.westendverlag.de/china)

Werner Rügemer

China gewinnt den Systemwettbewerb

„Corona“: Die Gesellschaft des US-geführten Westens ist zurückgeführt in die kleinsten Einheiten der Individuen und der einsamen Alten in den Altenheimen. Die Menschen dürfen angstvoll schnell einkaufen und zuhause vereinzelt konsumieren. Sie konsumieren dabei die staatlichen und privaten Leitmedien: Die zeigen endlos wiederholt leere Einkaufsstraßen, leere Innenstädte. Aber arbeitet irgendjemand? Ja natürlich – home office!

Neoliberales Ideal: Der vereinzelte Konsument, der macht- und lautlos arbeitet

Mit „Corona“ erfüllte sich der neoliberale Traum: Die Menschen sind keine sozialen Wesen, sondern Einzelne, bestenfalls mit Kleinfamilie. Sie konsumieren, mit unendlicher Auswahl aus aller Welt. Ja, aber arbeiten denn nicht, neben Krankenhauspersonal und Kassiererinnen, die vielen vielen Millionen abhängig Beschäftigten, die nicht home office machen können? Ja, irgendwie arbeiten sie, möglichst lautlos und billig, an ungezeigten Orten. Unauffällig gelangen sie dorthin und wieder zurück ins einsame Heim, wo zwei Kinder vor dem (nicht vorhandenen) Computer sitzen, für das home schooling.

Zu den Einzelnen gehören die Obdachlosen, die frei auf Parkbänken dahinfrieren, – ausgesetzt dem Diebstahl durch noch ärmere: frei zum unauffälligen Wegsterben oder Verschwinden, notfalls mithilfe der Polizei. Vorbei joggen kräftige junge Menschen in smarter Joggingkleidung, in sich gekehrt vollgedröhnt über den schnurlosen Ohrhörer von Apple, den der migrantische Amazon-Auslieferer freundlich-gehetzt in den Briefkasten geworfen hat.

Seit Beginn 2021 wird tausendfach wiederholt in den Leitmedien der Stich in den



Dr. Werner Rügemer (Foto: arbeiterfotografie.com)

Oberarm gezeigt: Das rettende Impfen hat begonnen! Aber wie lange es dauern wird – das wissen die Regierenden nicht. Denn sie haben mit der privatkapitalistischen Zurichtung der Gesundheitssysteme, der Alten- und Pflegeheime, der Krankenversicherung, der virologischen Wissenschaft und auch der Arbeitsverhältnisse die Lösung verbaut.¹ In Deutschland wurden während der Pandemie 20 Krankenhäuser geschlossen.

WHO und UN-Sozialpakt: Was ist Gesundheit?

Gesundheit ist laut UN-Sozialpakt und WHO „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur des Fehlens von Krankheit und Gebrechen.“ Dagegen verdrängt die Fixierung auf Corona den Gesamtzustand der Bevölkerung und verschärft nicht nur die Gefahren des Virus.

Die Regierungs-Virologen verweigern die gestufte Differenzierung von „an und mit Corona gestorben“. Statt Risikogruppen nach sozialen, Lebens- und Arbeitsumständen zu testen und das Gesundheitssystem auszubauen, wird eine nationale Volksgemeinschaft

¹ Vgl. Werner Rügemer: Imperium EU – ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr. Köln 2020, Vorwort zu „Corona“

simuliert. Die „besonders Verwundbaren“, die jetzt zuerst geimpft werden – seit Beginn hat man sie isoliert und zu tausenden sterben lassen.

BlackRock & Co steigen weiter auf, Beschäftigte und Staat verarmen

Die im Buch geschilderten Kapitalisten mit BlackRock, Vanguard & Co und ihre Beraterheere haben die Krise vorangetrieben. Mit „Hyperglobalisierung“ wurde schon vor Corona die Entmachtung der Demokratien, der abhängig Beschäftigten, der Mieter, der Rentner, der Sozialversicherten und auch der Mittelschichten sowie die Privatisierung der Infrastruktur kritisiert.²

Diese Wirtschaft, gestützt von abstürzenden „Volks“parteien, hält sich nur noch mit immer größeren staatlichen Hilfsprogrammen wie dem 750 Milliarden „Corona-Aufbauprogramm“ der EU. Und die Kredite verteilt BlackRock über die Fed und die EZB. BlackRock, Aktonär auch in Amazon, Facebook, Google, Microsoft, Apple, Twitter sowie Pharma- und Rüstungskonzernen, hat im Pandemiejahr den Gewinn für seine superreichen Kunden um 17 Prozent gesteigert. Jetzt spielen sich die Krisenverursacher als Retter auf.

China gewinnt den Systemvergleich

Durch die Abschaffung der feudalen, kolonialen und kapitalistischen Abhängigkeiten hat die Volksrepublik China die Potentiale ihres Systemwechsels in sieben Jahrzehnten schrittweise entfaltet, ist damit keineswegs zu Ende. China konnte nicht nur, im Unterschied zu endlos vom Westen angekündigten Armuts-Bekämpfungs-Programmen, hunderte Millionen Menschen aus der Armut holen, in Arbeit bringen, mit steigenden Arbeitseinkommen und Sozialversicherungen, nachhaltig. So konnte auch der Virus eingedämmt werden.

Neue öffentliche, auch technisch innovative Verkehrsinfrastruktur, kostenfreie Bildung

und Gesundheit für alle,³ dazu niedrige Staatsverschuldung, Milliarden neu gepflanzter Bäume, Bestrafung von Wirtschaftskriminellen: Vergleichbares wurde von der deutschen Bundeskanzlerin mit Hinweis auf Corona als „politische, soziale, ökonomische Jahrhundertaufgabe“ bezeichnet - während sie als „mächtigste Politikerin Europas“ ihre Komplizenschaft mit den neuen Kapitalisten nur (noch) brüchig verdeckt.

Was die westlichen Leitmedien verleugnen: China als Friedensmacht. China ist der Staat mit den meisten UNO-Blauhelmen, aktiv in immer mehr UNO-Organisationen und vor allem: Inklusive Globalisierung ohne militärische Begleitung – während die USA 1.000 Militärstützpunkte weltweit und immer mehr um China herum aufrüsten, zwischen Afghanistan und Libyen failed states hinterlassen, tausende Menschen per Drohne ermorden und Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen.

US-geführter Westen rüstet auf, innen und außen

Nur weil sie in China produzieren und verkaufen können, sind viele westliche Konzerne und Mittelständler (noch) nicht pleite. Doch das ist nur eine Zwischenlösung. China öffnet sich, auch um den Systemkonflikt zu entschärfen. Aber China baut innovativ für den eigenen Bedarf immer mehr eigene und qualifiziertere Produktionen auf. Und, wie der Stopp des Riesen-Börsengangs des Digitalkonzerns Ant Financial zeigt: Auch erfolgreiche Aufsteiger wie Alibaba-Gründer Jack Ma werden nun hart reguliert. Was man im Westen gegenüber Facebook und Amazon eigentlich auch will - aber sie werden jetzt mit noch mehr Aufträgen überhäuft.

In der Regierung des neuen US-Präsidenten Biden sind so viele Topmanager von BlackRock wie noch nie vorher in einer Regierung des wirtschaftlich, politisch, menschenrechtlich und moralisch abstürzenden westlichen

² UNCTAD: Trade and Development Report 2018, New York/Geneva 2018. UNCTAD wurde 1964 von den 77 blockfreien UN-Mitgliedern einschließlich Chinas und Jugoslawiens als UNO-Unterorganisation gegründet.

³ China gewinnt im Systemvergleich, FAZ 13.1.2021

Führungsstaates. BlackRock & Co sind Teil von „America First“: Auch Biden führt die unter Obama eingeleitete, von Trump fortgeführte Aufrüstung und Feindhetze insbesondere gegen China, dann auch Russland und den Iran fort.⁴ Und die Umwelt- und Nachhaltigkeitsprediger von BlackRock & Co sind auch die größten Aktionäre und Gewinner der größten Fossil- und Rüstungskonzerne auch in der EU.⁵

BlackRock-Vertreter gingen in Deutschland bei den Finanzministern Schäuble (CDU) und Scholz (SPD) und Außenminister Gabriel (SPD) ein und aus. Unter der dahindämmenden Langzeitkanzlerin wurden BlackRock&Co mächtig. Im neuen männlichen CDU-Führungsstrupp ist der eine (Merz) direkt, der andere (Laschet) indirekt mit BlackRock eng vernetzt.⁶

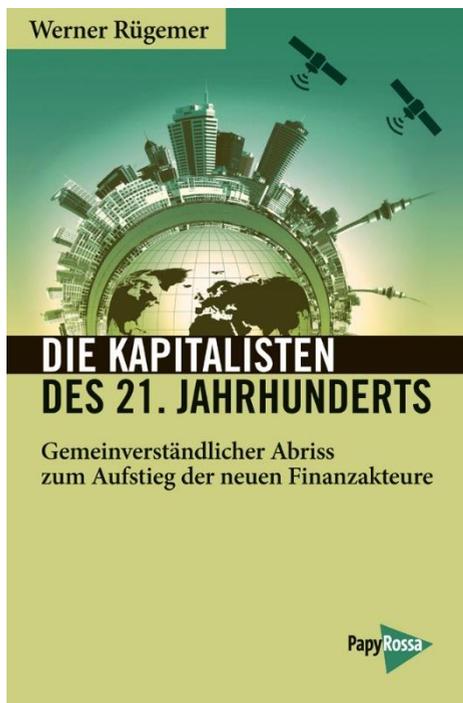
Lockdown this capitalism!

Die weltweiten Bewegungen für Demokratie, menschenrechtliche Arbeit, soziale Gerechtigkeit, naturfreundliche Innovationen, Frieden und auch Sozialismus stehen vor ihrer größten Herausforderung. Es gibt keine „Vorbilder“. Kreativitäten an jedem Ort, in jedem Staat und jeder Nation, in jedem Unternehmen, in jeder Schule und Verwaltung sind gefordert – und internationale, kundige, solidarische Verbindungen.

Dr. Werner Rügemer, Köln, ist Philosoph und Publizist sowie Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes.

Der Text ist das Vorwort zur 3. Auflage seines Buches „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts“, die im Februar 2021 erschienen ist.

Ein Systemvergleich des »westlichen« mit dem kommunistisch geführten Kapitalismus Chinas umreißt eine alternative Logik.



Köln 2021, PapyRossa Verlag, 365 Seiten, 19,90 Euro.

Das Buch ist auch in englisch (The Capitalists of the 21st Century) und französisch (Les Capitalistes du 21ème Siècle) erschienen (tredition Verlag), beide auch als eBook.

⁴ Werner Rügemer: Noch mehr BlackRock in der US-Regierung. „America First“ mit anderen Mitteln, Tepepolis 17.1.2021

⁵ www.blackrocktribunal.de: Ergebnisse des Tribunals vom 26./27.9.2020

⁶ Friedrich Merz als Berater von NRW-Ministerpräsident Laschet, WDR Westpol 22.9.2019, Interview Werner Rügemer; Landtag NRW Drucksache 17/7478, 24.9.2019

In memoriam Hans-Günter Szalkiewicz

Die chinesische Mauer oder wie kapitalistisch ist die Volksrepublik China

Hans-Günter Szalkiewicz gab eine Broschüre mit diesem Titel im Jahr 2016 heraus, als Reaktion auf eine „Diskussion zum Klassencharakter der VR China“, die seit 2015 in der Zeitschrift „Theorie und Praxis“ geführt wurde.

Hans-Günter wandte sich dagegen, dass diese Diskussion mit einer „abschließenden Antwort“ durch Thanasis Spanidis, einem Vertreter der KKE-Auslandsorganisation in Deutschland, beendet werden sollte.

An dieser Stelle muss erläutert werden, dass die Kommunistische Partei Griechenlands, nachdem die bisherige Generalsekretärin Aleka Papariga 2013 nicht mehr kandidiert hatte, einen deutlich „linksradikalen“ Kurs einschlug. Zur neuen Parteilinie gehörte auch die Einschätzung, dass Russland und China gleichermaßen imperialistisch seien, und – gegen die Orientierung auf eine multipolare Weltordnung gewandt – es völlig gleichgültig sei, welche imperialistische Macht den Rest der Welt unterdrückt.

In diesem Sinne titelte Spanidis „Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung“ mit den Hauptthesen: „China ist kein sozialistisches Land, sondern ein kapitalistisches, das seinen Platz in der imperialistischen Pyramide einzunehmen bestrebt ist.“ und „Die Politik der KPCh hat die Perspektiven für den Sozialismus auf absehbare Zeit, zumindest ohne eine Revolution von Unten unter Führung einer wirklich revolutionären KP, zerstört...“

Mit solchen Auffassungen wurde Spanidis zum politisch-ideologischen Leitstern einer „linksradikalen“ Gruppierung in der DKP, von der sie sich 2017 abgespalten, um die „KO“ (Kommunistische Organisation) zu gründen. Für Hans-Günter hingegen „nähert sich Spanidis der Voraussage eines bedeutenden imperialistischen Strategen an“ (Brzezinski, Die einzige Weltmacht), wenn er schreibt: „Irgendwann werden sich wahr-



Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin, (03.01.1932 - 04. 05. 2017) war Mitglied des Beirats des Deutschen Freidenker-Verbandes.
(Foto arbeiterfotografie.com)

scheinlich die politischen Dissidenten und die sozial Unzufriedenen zusammenschließen, um gemeinsam mehr Demokratie, Meinungsfreiheit und Beachtung der Menschenrechte einzufordern. 1989 auf dem Platz des Himmlichen Friedens war das noch nicht der Fall, aber beim nächsten Mal könnte es durchaus dazu kommen.“

Spanidis spricht rigide davon, dass die KPCh nur formal eine kommunistische Partei sei. „Das umgesetzte Programm der KP Chinas führt zu einer tiefgreifenden Transformation der ganzen Gesellschaft (...) hin zu bürgerlichen Verhältnissen“.

Auch an der chinesischen Außenpolitik lässt er kein gutes Haar: „...Die Linie Chinas impliziert im Gegenteil, die Rolle der Imperialisten zu verharmlosen und zu verschleiern und wo möglich auf Bündnisse mit ihnen zu orientieren. (...) Die KP Chinas orientiert dabei nicht auf das Bündnis mit den klassenbewußten Teilen der Arbeiterklasse und den kommunistischen Parteien ihrer Partnerländer, sondern sie verhandelt mit Vertretern der Regierungen und des Kapitals.“

Bei der Suche nach dem konzeptionellen Kern solcher Aussagen findet Hans-Günter

„ein bestimmtes Revolutionsverständnis und in Verbindung damit ... eine Vorstellung von der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von den theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und den Erfahrungen der kommunistischen Bewegung erheblich abweicht“.

Es folgen Belegstellen, u.a. aus dem Manifest, der Kritik am Gothaer Programm, dem Anti-Dühring, um zu folgern: „Hier und in anderen Zusammenhängen zeigt sich, dass man mit dem Begriff der kommunistischen Gesellschaft nicht statisch und bedingungsunabhängig umgehen darf. Doch, wo Klassikerzitate analytisches Denken ersetzen, wird leicht übersehen, dass die sozialistisch / kommunistische Gesellschaftsformation ihre Entwicklungsstadien hat und dass man sie nicht von ihrem Ende her, vom Zustand ihrer Vervollkommung, richtig erklären kann.“

Es folgt eine weitere Vertiefung anhand Lenin „Über die ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ und eine eingehende Betrachtung der ersten Schritte der Sowjetmacht, der Neuen Ökonomischen Politik, der neuen Verfassung, der Kriegswirtschaft sowie Stalins Warnung vor grober Vereinfachung der politischen Ökonomie (Warenproduktion, Wertgesetz). Der XXII. Parteitag der KPdSU 1961 habe jedoch praktisch nur noch auf die Entwicklung der qualitativen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft orientiert.

Dann kommt Walter Ulbricht zu Wort: „Der Sozialismus ist nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozial-ökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“

„Die Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation, darunter Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn, wirken auf ihrer eigenen sozial-ökonomischen Grundlage. Diese Kategorien existieren auch im Sozialismus objektiv, weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind.“

Hans-Günter schlussfolgert: „Es hat sich gezeigt, dass ein dem Kapitalismus überlegenes Produktivitätsniveau eine Epochenaufgabe ist, die unter der Bedingung einer gesicherten politischen Herrschaft des Proletariats nur mit einem ökonomischen Mechanismus zu bewältigen ist, der eine optimale Leistungsbereitschaft und eine hohe Initiative der Produzenten sichert.

Dieser Mechanismus ist in seiner ‚Urform‘ in Sowjetrussland mit der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ unter Lenin gefunden worden und er wird inzwischen seit fast 40 Jahren in der Volksrepublik China mit großer Umsicht zu gestalten versucht.“

Aber auch weitere China-Kritiker werden kritisiert: Cockshot und Cotrell aus Schottland beklagen (erstaunlich für Protagonisten eine „freiheitlichen Sozialismus“!), dass die in der Kulturrevolution versuchte „Abschaffung des bourgeoisen Systems der Lohndifferenzierung“ mit der Niederlage der Linken und der Durchsetzung der Deng Linie als „Verwirklichung des Marxschen Programms unmöglich“ geworden sei.

Hans-Günter: „Natürlich kann eine kommunistische Partei, selbst eine mit großer revolutionärer Tradition und mit historischen Erfolgen – wie wir inzwischen wissen – völlig auf den revisionistischen Hund kommen, und die größte Niederlage der kommunistischen Bewegung verursachen.“ Es sei jedoch „zur Kenntnis zu nehmen, dass die von Spanidis verteuflte kommunistische Partei im Unterschied zu den ehemals in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern Europas führenden Parteien noch existiert. Ohne sie gäbe es heute keinerlei Gründe, darüber zu diskutieren, ob China noch sozialistisch ist.“

Schließlich Präsident Xi Jinping: „Ich habe mich lange gefragt, ob unsere Kader die Führung der KP Chinas und den Sozialismus mit großer Entschlossenheit verteidigen würden, wenn wir eines Tages mit einer Krise wie der ‚Farbenrevolution‘ konfrontiert würden. Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Parteimitglieder und -kader wird es tun.“

Klaus Hartmann

*Bezug der Broschüre beim Verbandsvorstand,
Schutzgebühr + Porto 3 Euro*

Meldungen, Meinungen

Bildungsfern 1

Zum Feuerwerk an Silvester meldet der *Focus* (19.12.2020): „Wegen Verbot drohen Strafen“. Und die sagenhafte Begründung: „Verbraucher dürfen ihre Wohnung oder Haus in den Nachtstunden nur aus einem driftigen Grund verlassen.“

„Driftig“ bedeutet lt. Duden „treibend“ – wen also die unbändige Lust an der Knallerei nach draußen treibt, und das belegen kann, bleibt straffrei?

Grüne legen zu

130 Tempolimit auf Autobahnen fordert die sogenannte Ökopartei. Vermutlich aber nur für Nichtparteimitglieder. Ihr Umweltminister in Baden-Württemberg, Franz Untersteller, fährt gerne schneller. Obwohl eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h galt, wurde er mit 177 Sachen erwischt. Die Wähler scheinen es zu ignorieren und lassen sich lieber von der „Klimaschutz“-Erzählung einlullen. (*t-online*, 09.12.2020)

Haben wir zu viele Tiere im Land?

So die Interview-Frage des *Spiegel* (21.01.2021) an die Ex-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt und Renate Künast – das Resümee: „beide halten große Veränderungen in der Agrarpolitik für unausweichlich“.

Ausgeblendet wurden dabei wieder mal Hunde und Katzen mit ihrem weitgehend unbekanntem, gleichwohl immensen ökologischen Fußabdruck.

Forderung nach Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen

Am 19. Februar 2021 fanden sich auf Einladung des KORSO 16 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen aus dem säkularen Spektrum per Videokonferenz zu einem Expertengespräch zusammen. Thema waren die

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete bereits am 05.08.2017, dass 163 Millionen Hunde und Katzen in den USA jedes Jahr so viele Kalorien wie 62 Millionen Amerikaner verbrauchen. Bei der Herstellung der Nahrungsmittel für die Tiere fallen jedes Jahr Treibhausgase an, die etwa 64 Millionen Tonnen CO₂ entsprechen. So viel stoßen etwa 13 Millionen Autos pro Jahr aus.

Was dagegen wohl die Agrarpolitik auszurichten vermag?

Maskenpflicht-Verstöße durchsetzen!

Am 21.01.2021 barmte der Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV), Knut Ringat, in der *Offenbach Post*: „immer wieder gebe es Berichte von Fahrgästen, die sich weigerten, Mund und Nase zu bedecken“. Das will er nicht weiter hinnehmen: „Notfalls können Verkehrsunternehmen auch von ihrem Hausrecht Gebrauch machen, stellte Ringat klar.“

Und zwar so, wie es die Zeitung verstanden hat, und treffsicher titelte: „**Verstöße gegen Maskenpflicht sollen notfalls mit Hausrecht durchgesetzt werden**“.

Da verstößt man doch lieber freiwillig – oder?

Bildungsfern 2

„Vertrauter meldet Festnahme Julia Nawalnys“, titelte der *Spiegel* am 31.01.2021. Wer sich hinter dem Fantasienamen verbergen soll, bleibt das Geheimnis der Redaktion oder der Fantasie der Leser überlassen. Wir tippen auf eine Person namens Nawalnaya.

so genannten „altrechtlichen Staatsleistungen“: Seit über 100 Jahren besteht ein Verfassungsauftrag zur Ablösung dieser regelmäßigen jährlichen Zahlungen an die evangelische und die katholische Kirche. Dieser Verfassungs-

auftrag ist bis heute nicht erfüllt.

Ein vorliegender Gesetzentwurf der drei Oppositionsfractionen des Deutschen Bundestags, FDP, Linke und Grüne kommt einer rechtlich unbegründeten Maximalforderung der Kirchen nahe und sieht enorme Transferzahlungen an die Kirchen aus dem allgemeinen Steueraufkommen vor. Dies ist aus säkularer Perspektive nicht akzeptabel, wie Johann-Albrecht Haupt von der Humanistischen Union, einer der Initiatoren des Bündnisses Altrechtliche Staatsleistungen ablösen! (BAStA), erläuterte. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass am Ende 14 Bundesländer insgesamt bis zu 28 Milliarden Euro Staatsleistungen an die beiden Amtskirchen zu zahlen hätten. Dies käme nach Haupt einer faktischen Privilegierung der beiden Amtskirchen gegenüber anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gleich sowie einer Finanzierung der Kirchen zunehmend auch durch kirchenfreie Steuerzahler. Der Gesetzentwurf missachte die religionssoziologische Lage, denn nur noch knapp über 50 Prozent der Bevölkerung sind Kirchenmitglieder. Darüber hinaus ignoriere er den bereits bestehenden Reichtum der Kirchen und das ohnehin hohe Kirchensteueraufkommen von jährlich etwa 12,6 Milliarden Euro (2019).

Die Expertenrunde diskutierte einen Nachmittag lang die wichtigsten Aspekte des komplexen Themas und war sich am Ende einig,

dass aus säkularer Sicht streng genommen keine weiteren Ablösungszahlungen an die Kirchen mehr erfolgen dürften. Dennoch sprach sich eine Mehrheit für einen Kompromissvorschlag aus. So versammelten sich die säkularen Expertinnen und Experten hinter einem Änderungsantrag, den das Institut für Weltanschauungsrecht ifw im Dezember 2020 vorgelegt hatte und der eine Neuberechnung der Ablösungszahlungen vornimmt. Demnach ist die Ablösung innerhalb von 5 Jahren mit einem Gesamtbetrag von rund 3 Milliarden Euro zu tätigen. Nach Angaben der ifw-Leiterin Jacqueline Neumann kann dieser Änderungsantrag von Abgeordneten frei verwendet werden.

Am 12. April wird nun eine Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages über den Gesetzentwurf stattfinden. Ein stetig wachsender Anteil der Bürgerinnen und Bürger, bald die Hälfte aller Deutschen, fühlt sich von den Kirchen nicht mehr vertreten. Der KORSO fordert daher die Berücksichtigung dieser gemeinsamen säkularen Perspektive im politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess und fordert die Anhörung auch von Expertinnen oder Experten, die die altrechtlichen Staatsleistungen aus einer Perspektive betrachten, die nicht nur die Interessen der Kirchen, sondern auch die der großen Zahl säkularer oder kirchenferner Menschen berücksichtigt.

Männer Gruß

„Den NATO-Kriegstreibern die Hände zerschlagen!“

Rede zum Aktionstag „Abrüsten statt Aufrüsten“ am 05.12.2020 in Potsdam

Ich freue mich, dass wir hier heute zusammengekommen sind – und ehrlich gesagt ist für mich entscheidender, DASS wir zusammengekommen sind – und weniger WIE VIELE wir sind. Denn wir zeigen etwas in diesen Zeiten, dass ich für enorm wichtig halte: Wir nehmen unser Recht auf Versammlungsfreiheit wahr, um für Frieden einzutreten.

Und das ist gut so: Die Regierungen

unterbrechen ihre Kriegsvorbereitungen ja auch nicht, wie die letzten Wochen gezeigt haben: Sei es antirussische Hetze im Fall Nawalny oder sei es der Chor der Transatlantiker aller Parteien, dass mit der Wahl des US-Präsidenten Biden nun aber wirklich die NATO gestärkt werden müsse. Wodurch? Durch die 2 %- Aufrüstung des Verteidigungsetats. Einen Schritt weiter gehen sie nächste Woche, wenn sie den Verteidigungshaushalt abschließend verabschieden.

Wir nehmen unser Versammlungsrecht in einer besonderen Situation in Anspruch. Denn vor ungefähr zwei Wochen – am 18. November – haben die Regierungsparteien zusammen mit den Grünen das Versammlungsrecht mit dem sog. dritten Bevölkerungsschutzgesetz zum Abschluss frei gegeben haben. Laut des neu beschlossenen § 28a des Infektionsschutzgesetzes könnten Versammlungen wie diese jederzeit verboten werden, wenn die Bundesregierung (oder auch Landesregierung) im Rahmen einer festgestellten „epidemischen Lage“ der Ansicht ist, sie könne damit den Anstieg an Neuinfektionen mit Covid-19 verhindern. Juristisch stehen damit die Scheunentore offen für Missbrauch und Einschränkungen von Bürgerrechten. Das sind keine Kleinigkeiten.

Ihr Lieben: Ich dürfte als DKP-Mitglied wohl über den Verdacht erhaben sein, Parteiwerbung für die DIE LINKE zu betreiben. Aber lasst mich heute einen Dank aussprechen: Danke an die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE für Euer NEIN zum verschärften Infektionsschutzgesetz! Danke konkret an den Potsdamer Bundestagsabgeordneten Norbert Müller, dass Du gegen diesen Demokratieabbau im Deckmantel des Gesundheitsschutzes gestimmt hast! Ich hätte mir allerdings auch gewünscht, die LINKE hätte in im Bundesrat zumindest auf eine Enthaltung in den Ländern gedrängt, wo sie Teil der Regierung ist.

Danke aber vor allem an Euch alle hier, dass Ihr Euch einem friedenspolitischen Lockdown widersetzt habt und wir hier heute gemeinsam ein Zeichen setzen: GEGEN Aufrüstung und FÜR Abrüstung! Danke an Euch!

Liebe Friedensfreunde,

ich habe gerade gesagt: Die Regierenden betreiben eine Politik im DECKMANTEL des Gesundheitsschutzes. Ich vertrete also den Standpunkt: Der Bundesregierung geht es derzeit nicht um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Wie komme ich zu dieser Behauptung? Meines Erachtens reicht dazu ein schon Blick auf den geplanten Bundeshaushalt 2021, der nächste Woche abschließend behandelt werden soll im Bundestag. Denn die Zahlen sprechen für sich: Auf der einen Seite steigt der Verteidigungsetat – ein „Kriegsetat“ muss es

eigentlich heißen – um über 1 Mrd. Euro auf fast 47 Mrd. € offiziell. Nach NATO-Kriterien liegt er sehr viel höher. Auf der anderen Seite sinkt der Gesundheitsetat um fast 6 Mrd. Euro auf 35 Mrd. Euro. Also: In einer Zeit in der im Namen des Gesundheitsschutzes unseren Kinder das Recht auf Bildung vorenthalten wird, in denen die Gesundheitsämter – auch in Potsdam – chronisch überfordert sind mit der Nachverfolgung der Infektionsketten – in einer Situation, in der immer noch Schutzkleidung für Pflegekräfte fehlt und wo die gesetzlichen Pflegepersonaluntergrenzen durch Spahn seit über einem halben Jahr ausgesetzt sind – in dieser Situation also, stellt sich eine Bundesregierung hin und rüstet auf, während bei der Gesundheit kräftig gespart wird. Wer so agiert hat jede Glaubwürdigkeit verloren, wenn er oder sie behauptet, den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung im Blick zu haben – wer so agiert, ist sich seiner Sache sicher – und diese Sache heißt Kriegsmobilisierung.

Und um das zu verhindern bitte ich Euch inständig: Hört auf, Euch darum zu streiten, wie sinnvoll ein Mundnasenschutz ist oder nicht! Hört auf mit dem Streit, ob das Coronavirus nun mehr oder weniger gefährlich als eine Grippe ist – jeder Tote ist einer zu viel und geht auf das Konto der Herrschenden! Schließen wir uns zusammen, um die größte Bedrohung für unsere Gesundheit, für unser Leben und das unserer Kinder abzuwehren: den Kriegskurs der NATO-Mächte gegen Russland und China – ein Aggressionskurs, der in einem Krieg enden kann, „gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind“, wie es Bertolt Brecht ein Mal sagte. Und Brecht sagte weiter: „Diese Kriege „werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“ Deswegen sage ich:

Zerschlagen wir den NATO-Kriegstreibern die Hände! Stellen wir hier vor Ort klar: US-Truppentransporte haben sich nicht einen Millimeter durch unser Brandenburg Richtung russische Grenze zu bewegen. US-Panzer haben insgesamt in Deutschland nur eines zu tun: Den Rückwärtsgang einzulegen – Richtung US-Heimat – bis auf US-Deserteure, denen sofort politisches Asyl zu gewähren ist. NATO-Truppen

raus aus Deutschland – das ist eine zentrale Voraussetzung für die Verhinderung eines drohenden Krieges in Europa. Und diese Forderung ist nötiger denn je, nachdem US-Senat und –Kongress – Republikaner und Demokraten – sich darauf geeinigt haben, den von Trump angekündigten Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland zu verhindern.

Ich stelle dazu fest: Ich muss einen Präsidenten Trump nicht mögen, um mich vor einem zukünftigen US-Präsidenten Biden zu fürchten. Meines Erachtens ist alles andere als gute Laune angesagt in der Friedensbewegung mit diesem Hauptinitiator des Irak- und Afghanistan-Krieges als US-Präsidenten.

Liebe Friedensfreunde,

wir als Friedensbewegung wenden uns zu Recht gegen Aufrüstung, weil das Geld für die Aufrüstung an anderer Stelle fehlt – im sozialen Bereich, in der Bildung, in der Kultur, in Gesundheit und vieles mehr. Aber: Bei solchen Aufrechnungen müssen wir aufpassen, eines nicht aus dem Blick zu verlieren: dass nämlich wie – die arbeitenden Menschen – für eine Außenpolitik bezahlen sollen, die auf eine Eskalationsspirale angelegt ist. Da geht es nicht nur um Kürzungen im Sozial- oder Bildungsbereich – es geht um die Gefahr eines Krieges in Europa mit Deutschland als Austragungsort. 2020 hat doch gezeigt, dass die Bundesregierung bereit ist, für ihre Treue zur NATO-Führungsmacht USA, uns – die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – immer mehr in Haftung zu nehmen für ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer. Die Anschaffung neuer Eurofighter – ein großer Posten im Verteidigungsetat 2021 – ist nicht nur einfach ein Millionengrab für Steuergelder. Die neuen Eurofighter sind das handfeste Bekenntnis zur „atomaren Teilhabe“ Deutschlands, dass Kriegsministerin Kramp Karrenbauer zuletzt in ihrer Grundsatzrede vor zwei Wochen einforderte. Diese Eurofighter wären es, die ggf. mit US-Atombomben aus Büchel bestückt werden würden. Diese US-Atomwaffen sind es, die Deutschland im Falle eines Krieges zum Angriffsziel ersten Ranges machen würde. Und deswegen rufen wir den US-Truppen auf ihrem Heimweg zu: Vergesst Eure Atomwaffen nicht! US-Atomwaffen raus aus Deutschland und

Europa!

Liebe Friedensfreunde,

werfen wir einen weiteren Blick auf die großen Posten bei den Rüstungsausgaben 2021: Die Anschaffung des Mehrzweckkampfschiffes 180 oder der Korvette K130. Die werden nicht angeschafft, um in deutschen Häfen vor sich hinzurosten. AKK hat in ihrer Grundsatzrede die Marschroute vorgegeben: der neue „systemische“ Gegner heißt China – die Fregatte „Hamburg“ wird 2021 Richtung Indo-Pazifik fahren – diese Drohgebärde gegen China ist unübersehbar. Dieser Konfrontationskurs gegen die Volksrepublik ist aber vor allem eines: Wahnsinn. Und dieser Wahnsinn ist nur erklärbar, wenn wir uns vor Augen führen, worum es den Regierenden in Deutschland geht: Es geht Ihnen darum, sich für eine Konfrontationspolitik der USA einbinden zu lassen. Und den Superreichen in den USA – zusammen mit den Superreichen hierzulande geht es dabei darum, eine Weltwirtschaftsordnung zu erhalten, in der diese Superreichen auf dem Rücken eines Großteils der Menschheit ihren Götzen namens Profit huldigen können. Was diese Herrschaften an Russland und China stört, ist nur eines: Dass diese beiden Länder sich der Unterwerfung durch die NATO-Mächte widersetzen – und insbesondere China in absehbarer Zeit die NATO-Macht USA ökonomisch und militärisch überflügeln wird.

Ich persönlich gestehe: Ich begrüße die wachsende Kraft Chinas als Friedenskraft. Aber: Ich respektiere selbstverständlich Meinungen, die China kritischer sehen. Nur über eines müssten wir Friedenskräfte uns doch einig sein: Solange wir in Deutschland auf China durch die NATO-Brille schauen, kann es keinen offenen Dialog über unser Verhältnis zu China geben. Und deutsche Außenpolitik mit der NATO-Brille treibt uns immer weiter in eine wahnsinnige Konfrontation mit China – ein Land, das uns genauso wenig bedroht wie Russland.

Um aber mit diesem Wahnsinn zu brechen, um mit dem Wahnsinn der Aufrüstung zu brechen, um mit dem Wahnsinn des Atomkriegs zu brechen, gibt es nur einen vernünftigen Schritt: Den Austritt Deutschlands aus der NATO. Deutschland raus der NATO – NATO raus

Deutschland – das sollte nicht auf Wunschzetteln zu Weihnachten stehen, sondern auf der Agenda der Friedensbewegung 2021!

In diesem Sinne wünsche ich Euch ein

Ralf Schreiner

Artikel 146 jemals möglich und was dann?

Zur Diskussion gestellt:

1989:

Die Szene spielt auf der Landesdelegiertenkonferenz der «Grünen» in Baden-Württemberg, in Heidenheim. Die Stimmung ist lebendig und vordergründig streitbar, so wie die Grünen stets nach aussen wirkten. Nach innen fanden Grabenkämpfe und persönliche Angriffe statt. Niemand, absolut niemand wollte oder konnte wahrnehmen, dass sich eine Wende abzeichnete, welche politisch für eine Partei, welche sich den Schutz der Bürgerrechte ins Programm schrieb, für Deutschland von existentieller Bedeutung war und ist.

Ich konnte dies allerdings wahrnehmen. Nun war ich politisch ein absolutes Greenhorn und tatsächlich überzeugt vom Konzept der sozialen Verteidigung, welches die Grünen damals unter wesentlicher Hilfe von Prof. Dr. Theodor Ebert (FU Berlin) vertraten. Noch gut in Erinnerung ist mir ein Kurzvortrag von Petra Kelly aus dieser Zeit, gehalten vor einer Arbeitsgruppe des «Bundes für Soziale Verteidigung», dem auch ich damals angehörte. Sie führte unter anderem aus, dass die Grünen einige Millionen D-Mark auf irgendeinem Konto hätten und sie wolle versuchen, ob die «Bürgerrechtler» nicht auch etwas davon abbekommen könnten, denn sie könne nicht erkennen wie man bei und mit den Grünen weiter Friedensarbeit machen könne und doch selbst als Gruppe und als Einzelne, aufs politische Abstellgleis geschoben wird.

Nun, so kam es. In Heidenheim (nur ein Beispiel) interessierte sich niemand für die «Deutsche Frage», schon gar nicht für Bürger und Verfassungsrecht. Bei den Grünen war dies nie gut aufgehoben. Es ist gerade so, als ob man den Bock zum Gärtner machte. Somit war der Themen Focus die Spaltung von Fundis und Realos. (welch irreführende Begrifflichkeit).

besinnlichen Jahresausklang und ein gesundes Neues Jahr – und uns allen ein kämpferisches Friedensjahr 2021 – DRUSCHBA!

Ich hatte jedenfalls in dieser Partei nichts zu suchen. Keine Treuhänder für Bürgerrechte. So ging es mir, wie vielen jungen Menschen: Beruf, Familie und alles was sonst noch wichtig schien für einen Jungen vom «Dorf», rückte in den Vordergrund.

Heute:

«Querdenken»... ich lese in der untersten Zeile von «Querdenken Stuttgart» das man sich zu Artikel 146 des GG bekenne, wie überhaupt zu den Grundrechten. Das ist toll, nur welche Konsequenz hat dies? Wie viel Prozent der Deutschen sind sich bewusst was es bedeuten würde, wenn genauso viel Menschen die jetzt gegen diese bescheuerte «Corona Politik» auf die Strasse gehen, stattdessen für die Umsetzung von Artikel 146 auf die Strasse gehen würden? Das würde nicht genügend Druck erzeugen. Es müssen mindestens effektiv 30-40 % der gesamt Bevölkerung sein, durch alle Gesellschaftsschichten welche aktiv und auf sehr lange Zeit Dauerpräsenz zeigen.

Allerdings müssten dann die Forderungen weiter lauten:

1. Wir, das Volk fordern endlich die Wiedervereinigung nach Art. 146 des GG zu vollenden.

Dies hat zur Folge, dass alles was mit den ehemaligen Siegermächten verhandelt wurde, neu verhandelt werden müsste. Aber wer, welche politische Kraft ist in Deutschland hier und heute dazu in der Lage und bereit? Eine Merkel CDU? Die SPD? Die Grünen und die Linken? Alles sind, was die Deutsche Frage angeht, nicht nur nicht verhandlungsfähig, sie sind nicht Verhandlungswillig.

Folge: Amerikanische Hegemonie bleibt. Geheim und Nebenabsprachen zum «Zwei Plus vier Vertrag» bleiben. Alle Militär- und CIA Standorte bleiben (und diese können nach belieben Schalten und Walten und unser Land unter Umständen auch in ein Chaos stürzen.)

2. Bürgerrechtler und Außerparlamentarische Opposition. Die politische Kultur in Bezug zur Bedeutung unserer Verfassung und der unmittelbaren Folge für unsere Nation im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und der Frage der deutschen Souveränität, ist in diesem Lande ist auch schon vor «Corona» völlig am Boden gewesen.

Die Äusserungen Schäubles und anderer zu diesem Thema sind bekannt. Die politische Klasse in diesem Land ist «Atlantisch» orientiert oder hängt irgendwelchen Träumen nach, wirtschaftlich mit China und Russland klar zu kommen, ohne den Amerikanern auf die Füße zu treten.

Folge: Seit bestehen der Bundesrepublik und auch nach 1989 kennt dieses Land nur «Wirtschaft». Es kennt nicht den Kampf für die Eigene Freiheit und Souveränität. Seit 1871 haben die Deutschen als Nation nur den Obrigkeitsstaat organisiert, in der einen oder anderen Form.

Nach 1945 hat die deutsche Politik so getan, als ob die Demokratie hier erfunden worden sei. Was für eine Blasphemie. Die Demokratie in Deutschland war nie mehr als eine Parteienoligarchie und besonders die amerikanische Politik wusste und weiss. (nach General Patton: «We are here to hold the germans down and the russians out.»). Dies gilt heute vor allem in einem wirtschaftlichen Sinne. Militärisch sind wir in der maximalen Umarmung und aktuell wird in Ramstein die NATO Weltraum Abwehr Station ausgebaut. Wir sind also mit unseren amerikanischen Freunden ganz eng dran am Star Wars. (Was unter Reagan ein Fake war ist jetzt Wirklichkeit).

Sollte es also jemals einer deutschen Politik einfallen an diesem Tabu zu rütteln, sie käme nicht weit. Wahrscheinlich würde sie im Keim erstickt. Oder das Volk wird den «Rechten» in die Arme getrieben. Die AfD freut sich zu Zeit über soviel Übereinstimmung mit den «Querdenkern»

3. Nationale Souveränität. Souverän wäre ein Land theoretisch, wenn es unabhängig von anderen den Notstand ausrufen kann. Ein Deutschland welches den Artikel 146 umsetzen könnte, würde ganz folgerichtig die Souveränität nur dann endgültig umsetzen können, wenn es die Angst der «befreundeten» Staaten,

besonders Frankreich, England und USA vor einer Eigenständigen Machtpolitik dadurch beruhigen könnte, dass es grundsätzlich militärisch neutral würde, abrüsten, aus der NATO austreten und sich als politisch neutraler Staat verfassten würde. Dann würde es den Weg der Schweiz gehen und dort feiern die Geheimdienste aller Welt, besonders die USA ihre grösste Machtentfaltung.

Nach dem Abtreten der «Kriegsgeneration», nach Kohl (so schwer mir das fällt dies so zu schreiben, es ist wahr) wird Deutschland erstmalig aktiv mit Soldaten in einen Krieg ziehen. Grüne und SPD sind die miesen Kriegstreiber und verantwortlich für einen Völkerrechtswidrigen Krieg.

Es geht weiter mit der «Frauenfraktion» unter Merkel, welche nun die Deutsche «Demokratie» immer Wirtschaftsfreundlicher macht und dafür sorgt, dass die Mehrheit der Deutschen kein Gefühl von nationaler Einheit bekommen können, getrennt und verängstigt werden. Die «Corona» Politik ist ein Beispiel dafür wie weit die internationale Hochfinanz die politische Klasse in allen, vor allem Amerikanisch dominierten Ländern, in der Hand hat. Das Volk spielt hier nur eine Nebenrolle. Komme mir keiner jetzt mit: «aber China und Russland sind noch viel schlimmer».

Da muss ich sagen: Was sollt Ihr? Im Sumpf der «Wohlstandsgesellschaft» restlos politisch untergehen? Alle demokratischen Errungenschaften innerhalb kürzester Zeit auf dem Altar des Opportunismus opfern? Wo ist die Mehrheit der Ärzte die jetzt aufsteht und ruft: Halt. Wie kann es sein, dass ich an einer Arztpraxis vorbeigehe an deren Tür ein Zettel hängt mit der Aufschrift: «Bleiben Sie Zuhause wenn Sie Erkältungssymptome haben, betreten Sie nicht diese Praxis» . Vor dem Tod der Freiheit, steht der Tod der Menschlichkeit im täglichen Miteinander. Wie viel Opportunismus und Ignoranz braucht es für einen Arzt eine «Grippe» aus seiner Praxis zu selektieren und unfähig eine echte Pandemie von einer Massenhysterie zu unterscheiden. Dort fängt es an und deshalb ist möglich was wir zur Zeit erleben. Für das Tragen wir alle Verantwortung, jeden Tag in allen Funktionen der Gesellschaft, überall wo wir hingestellt sind.

Schlussbemerkung:

Damit kein Missverständnis aufkommt, möchte ich klarmachen, dass mein Misstrauen sich gegen den Missbrauch von Macht wendet, welcher heute überall zu spüren ist.

Fazit: Artikel 146 kann man fordern, aber dann muss den Bürgern gesagt werden, was das heisst. Sonst spielt diese gut gemeinte Idee der politischen Rechte in die Hände. Somit kann Deutschland Medial diskreditiert werden. In diesem Zusammenhang spielen die Reichsbürger eine nicht unwesentliche Rolle. Diese Leute werden bereits vom Verfassungsschutz als Mittel gegen Querdenken eingesetzt.

Gegenmittel: Zeigt unsere gute Flagge, die Schwarz-Rot-Goldene. Aber das würde bedeuten, dass eine Mehrheit der Demonstranten sich ihre Eigene Geschichte bewusst machen und wissen, welches ein verletzliches Pflänzchen die Deutsche Nachkriegsdemokratie war und immer mehr ist.

4. Notwendigkeit einer echten Verfassungsrevolution. Wo sind die Juristen? Wo sind die

Bürgerrechtler? Konsequenz für Bürgerrechtler: Bleibt auf der Strasse egal wie lang. Stellt eure Forderungen. Allerdings habe ich aus den vorgenannten Gründen die Sorge, dass es in Deutschland aufgrund dieses politischen Klimas und der Tatsache, dass es Zeit ist zu Handeln, eine viel zu geringe Zahl der Bürger aus allen Schichten, bereit ist in eine solche Richtung zu gehen.

Jedoch eine Verfassungsreform muss kommen. Dies ist in meinen Augen die vordringlichste und wichtigste Aufgabe aller deutschen Politik und Bürgerbewegungen. Dazu braucht es Einheit. Diese sehe ich nicht. Alle Kraft setze ich daher dort ein, wo ich hingestellt bin, damit mein Begriff von Menschlichkeit und Freiheit in diesem Rahmen erhalten bleibt.

Die Freiheitskämpfer für die Souveränität und Demokratie auf der Basis von Artikel 146 GG müssen erst noch geboren werden.

Es ist 1989, nein 1848, nein 2021.....

„Ein Schlag ins Gesicht der Pflegekräfte“

Mit diesen Worten charakterisiert Stefan Sell, Arbeitsmarkt- und Sozialforscher an der Hochschule Koblenz, das Caritas-Veto gegen einen besseren Altenpflegetarifvertrag für alle.

Die Gewerkschaft ver.di hatte mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche BVAP (u.a. AWO, Volkssolidarität, Arbeiter-Samariter-Bund) einen Tarifvertrag ausgehandelt, der für mehr als 70.000 Beschäftigte eine Lohnsteigerung in vier Schritten um gut 25 Prozent vorsieht.

Das Vorhaben von ver.di, den Tarifvertrag zum allgemeinverbindlich erklärten Flächentarifvertrag zu machen, hat die Caritas also sabotiert. In ihrem Windschatten hat die Diakonie erst gar kein Votum mehr abgegeben.

Die privaten Altenheimbetreiber, die inzwischen 40% der Betten anbieten, werden dank der Caritas davor bewahrt, examinierten Pflegekräften mindestens 18,75 Euro pro Stunde zahlen zu müssen.

Thomas Rühl vom Leitungsausschuss der Mitarbeiterseite in der Arbeitsrechtlichen Kom-

mission der Caritas: „Das ist, was das Ansehen der katholischen Kirche und der Caritas betrifft, ein absoluter Super-GAU aus meiner Sicht.“

Die begründet ihr Nein nicht mit den Kosten, sondern mit ihrer Sorge um den „Dritten Weg“ – keine Betriebsräte, kein Betriebsverfassungsgesetz, eingeschränkte Mitbestimmung und eingeschränktes Streikrecht.

Diese „Begründung“ macht umso deutlicher, dass sofort mit derlei Privilegien der Kirchen zwecks Sonderausbeutung ihrer Beschäftigten Schluss gemacht werden muss. Dieses „Selbstverwaltungsrecht“ der Kirchen verstößt gegen Art. 3 GG, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta sowie die Normen der ILO.

Der neue Akt kirchlicher Despotie wirkt besonders makaber angesichts der Corona-Belastungen in Pflegeheimen: im letzten Jahr haben 14 Bundesagenturen für Arbeit bereits tausende Pflegekräfte der Kranken- wie der Altenpflege den Beruf aufgegeben. „Gott“ sei Dank?

Klaus Hartmann

Geschäftsführender Verbandsvorstand

Die Sitzung am 31.01.2021 wurde als Videokonferenz durchgeführt, eine Premiere, die aber nach Möglichkeit keine weiteren Aufführungen folgen sollen.

Behandelt wurden die Vorbereitung der März-Tagung des Verbandsvorstandes und des Verbandstages am 26. und 27. Juni 2021. In diesem Zusammenhang wurde erinnert, dass Delegiertenmeldung und Anträge bis zum 19.04.2021 eingehen müssen:

Deutscher Freidenker-Verband, Schillstraße 7, 63067 Offenbach am Main.

Über 100.000 Euro für russische Veteranen

Auf Initiative des deutschen Fallschirmjäger-Traditionsverbandes Ost e.V. wurde im Dezember 2020 eine Spendensammlung für russische Veteranen des Zweiten Weltkriegs, für Überlebende der KZs und der Blockade von Leningrad gestartet.

Die Übergabe des Spenden-Schecks über 100.200,00 Euro fand am 5. Januar 2021, am Vorabend des russisch-orthodoxen Weihnachtsfestes, um 11 Uhr in Anwesenheit von Vertretern der russischen Botschaft am Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten für die in Berlin gefallenen sowjetischen Soldaten statt

RT DE schrieb dazu u.a.: Zu der Spendenkampagne erklärte Rainer Rupp, einer der Initiatoren der Kampagne, sie sei „ein kleines Zeichen der Dankbarkeit an die Überlebenden des Kampfes gegen den deutschen Faschismus. Es waren russische Soldaten wie diese Veteranen, die Europa und auch Deutschland von den Nazis befreit haben.“

Zum 9. September 2018 hatte die „Vereinigung der Offiziere Russlands“ anlässlich des „Internationalen Tags der Erinnerung an die Opfer des Faschismus“ einen Besuch in Berlin



OKV-Präsident und Freidenker-Beiratsmitglied Dr. Matthias Werner bei seiner Ansprache, neben ihm Oleg Eremenko, Vertreter des Verbandes der russischen Offiziere, der den Spendenscheck entgegennahm.

mit 35 ehemaligen KZ-Häftlingen organisiert. Die Delegation stand unter der Leitung von Nikolai Andrejewitsch Machutow, des Vorsitzenden der „Union der minderjährigen Gefangenen der faschistischen Konzentrationslager“.

Die Delegation aus Russland, Weißrussland und der Ukraine richtete damals einen Appell an die Bundesregierung mit der Bitte um Unterstützung und Aufmerksamkeit für diejenigen, die die Schrecken und Folterungen in faschistischen deutschen Konzentrationslagern überlebt haben. Diesen Appell haben am 22. Dezember 2020 Mitglieder des deutschen Fallschirmjäger-Traditionsverbandes Ost e.V. aufgegriffen und dem Vertreter der „Vereinigung der Offiziere Russlands“ Oleg Sergejewitsch Jerjomenko eine Spende von 4.700 Euro für russische Veteraninnen und Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges übergeben.

Der Journalist Rainer Rupp (im „Kalten Krieg“ während der 1980er Jahre als DDR-Spion im NATO-Hauptquartier, heute auch unter seinem damaligen Decknamen „Topas“ bekannt) organisierte umgehend die notwendige mediale Unterstützung für diese Spendenaktion. Bereits wenige Tage nach dem Aufruf hatten schon tausende Bundesbürger Beiträge auf das Spendenkonto überwiesen. Mittlerweile sind es laut Rupp stolze 101.000

Euro geworden. Zudem haben etliche andere Organisationen, insbesondere das „Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden“ und der „Deutsche Freidenker-Verband e.V.“ sowie viele private Netzwerke den Aufruf weiterverbreitet. Die Spenden wurden von der gemeinnützigen „Glinka-Gesellschaft Berlin e.V.“ eingesammelt.

3000 demonstrieren zu den Gräbern von Karl und Rosa

„Trotz alledem!“ bedeutete am 10. Januar 2021: Die Demonstration zum Gedenken an die vor 102 Jahren von der Reaktion ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht musste gegen brutale Polizeigewalt durchgesetzt werden. Vorwand für den Polizeüberfall auf die Demonstration: „DDR-Nostalgiker schwenkten auch verbotene FDJ-Fahnen“, lügt die Berliner Morgenpost der Berliner Polizeiführung hinterher. Das ist die Unwahrheit, auch wenn sich der Berliner Senat noch in den Schützengräben des Kalten Kriegs wähnt und den Erfüllungsgehilfen Adenauers gibt. Er bescheinigt damit der BRD bereitwillig, ein Unrechtsstaat zu sein.

Herrschaftsmedien berichteten, dass die Demonstration „trotz der Corona-Pandemie“ stattgefunden habe. Dieses „Framing“ will nahelegen, dass die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit zurzeit etwas Unanständiges, Skandalöses, Asoziales darstellt.

Am 15. Januar 2021 fand im Berliner Tiergarten der auch unter den gegenwärtigen Einschränkungen sehr gut besuchte Gedenkspaziergang für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt, den die Berliner Friko seit den 1980er Jahren alljährlich organisiert. Nach einer Lesung am Landwehrkanal (Gedenkstele für Rosa Luxemburg) von Susanne Misere und Peter Bäß begab sich der Demonstrationzug weiter zur Stele für Karl Liebknecht.

Dort hielt – nach der Eröffnung durch Elisabeth Wissel – Klaus Linder, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin des Deutschen Freidenker-Verbandes die Abschlussrede der Kundgebung. (Text zum Nachlesen: <https://www.freidenker.org/?p=9317>)

Kundgebung für Rosa und Karl am 09.01.2021 in Frankfurt am Main

Zu der Gedenkkundgebung am Mainufer hatten die DKP und die SDAJ Hessen, die Linksjugend.solid Wetterau und der hessische Freidenkerverband aufgerufen.



Die Ansprache von Klaus Hartmann ist hier nachzulesen: <https://www.freidenker.org/?p=9252>

Urteil gegen den missbräuchlichen „Antisemitismus“-Vorwurf

Unser Genosse Klaus Ried aus München hat vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof einen beachtlichen Teilerfolg für die Meinungsfreiheit erzielt. Unter dem Vorwand des „Antisemitismus“ wurden städtische Räume in München für eine israelkritische Veranstaltung verweigert.

Klaus Ried schreibt dazu u.a.:

Gegen das Urteil hat die Stadt München inzwischen Revision beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingelegt. Die Stadt München bezieht sich bei der Verweigerung öffentlicher Räume (Stadtratsbeschlusses vom 13.12.2017) auf die „Nicht-Definition“ zum Antisemitismus (sogenannte Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA – International Holocaust Remembrance Alliance). Auf diese „Nicht-Definition“ beziehen sich auch alle anderen gleichgelagerten Beschlüsse von Kommunen sowie die Bundesregierung und der Bundestag.

Bei den meisten Diskussionen zu diesem Themenkomplex reden die Kontrahenten

vollkommen aneinander vorbei, weil sie – unausgesprochen – von völlig unterschiedlichen Vorstellungen ausgehen, was Antisemitismus ist, eine Gespenster-Diskussion, die logischerweise zu keinem konstruktiven Ergebnis führen kann und die der demokratischen Meinungsbildung enorm schadet.

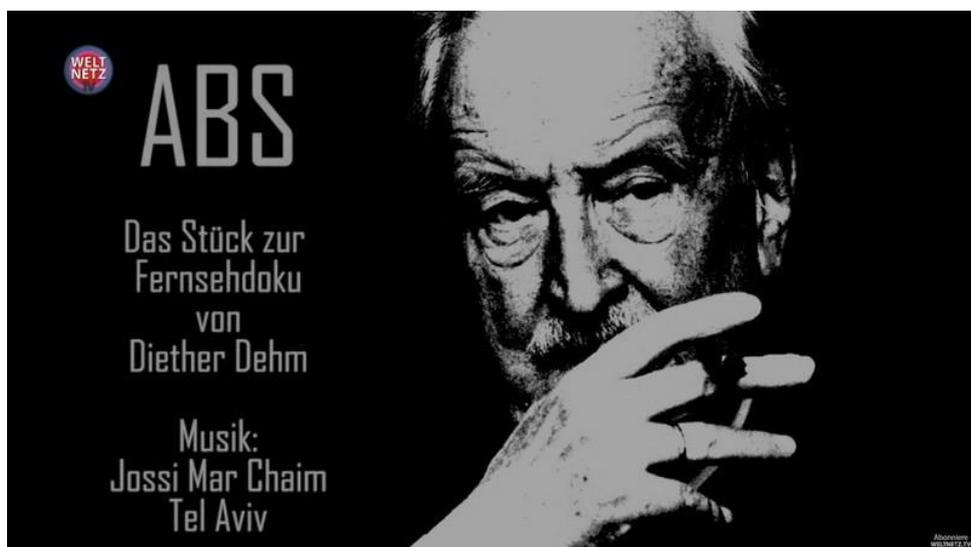
Obwohl sie von etlichen Wissenschaftlern (darunter auch rund 240 israelische bzw. jüdische) – zum Teil mit vernichtendem Urteil – zurückgewiesen wurde und der ursprüngliche Mitverfasser Kenneth Stern vielfach vor dem politischen Mißbrauch gewarnt hat, ist sie in der politischen Diskussion noch immer der „Goldstandard“. Ganz aktuell wurde sie im

November vom Bundesverband RIAS e.V. („with support of the German Presidency of the Council of the European Union“) in einer 48 Seiten starken Broschüre mit Kommentaren neu veröffentlicht.

Die „Nicht-Definition“ zum Antisemitismus gehört auf den Müllhaufen der Geschichte: Sie entwertet und sabotiert den notwendigen Kampf gegen den realen Antisemitismus und dient lediglich als Vorwand, um alle Kritiker der israelischen Regierungspolitik, darunter nicht zuletzt zahlreiche Israelis, mundtot zu machen.

(Weiterlesen:

<https://www.freidenker.org/?p=9369>)



Aufgezeichnet am 29.11.2020 im Fritz-Bauer-Saal Frankfurt / Main (wo 1964 die Auschwitzprozesse stattfanden).

Dank für die Unterstützung an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv sowie die Linke Bundestagsfraktion

Veranstalter:

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband

<https://weltnetz.tv/video/2452-abs-das-stueck>

„ABS“ – ein politisches Theaterstück von Diether Dehm (Regie: Reinhard Hinzpeter, Musik Jossi Mar Chaim) mit: **Peter Sodann, Hannes Jaenicke, Michaela Conrad, Axel Gottschick, Bettina Kaminski, Hanns-Peter Schupp.**

Hermann Josef Abs war nie Mitglied der sich „Nationalsozialistische Arbeiter“ nennenden Faschistenpartei. Aber für die Nazis kalkulierte er kalt und nüchtern (als Chef der Deutschen Bank!) deren größte Verbrechen: wie den Auschwitzbau und den Überfall auf

die Sowjetunion. Nun will darum eine Protestinitiative seinen Namen aus dem Register der Frankfurter Ehrenbürger tilgen. Was wiederum die Medienarbeit des Bankhauses auf den Plan ruft...

Ein Lehrstück westdeutscher Nachkriegsgeschichte!

Im neuen Stück „ABS“ von Diether Dehm rüstet eine Sendeanstalt nun zu einer umfangreichen TV-Dokumentation. Es geht darum, DIE tragende Persönlichkeit nachkriegsdeutscher Finanz-Geschichte in ein möglichst objektives, ein wahrhaft ausgewogenes Licht zu rücken: Eben jenen Chef der Deutschen Bank, den engsten Berater der Adenauerschen Bundesregierung. Den Mann, der im dritten Reich riesige jüdische Vermögen enteignete, und den die junge Bundesregierung 1953 nach London schickte. Dorthin, wo alles auf dem Spiel stand, hätte Deutschland die wahre und gesamte Wiedergutmachung und Schuldenbegleichung tragen müssen – auch für Polen und Griechenland. Um das zu verhindern, musste DER Dealer ran: Dr. Dr. Hermann Josef Abs.

Freilich, der Sender, seine Showstars, die angeheuertten Umfrage-Institute, der juristische wie der finanzielle Expertenverstand waren vor keine leichte Aufgabe gestellt. Immer wieder waren da „Fake News“ aus unbekanntem Archiven hochgeploppt. Sogar mit der Verschwörungstheorie, der verdiente Chefbanker habe mit dem Bau von Auschwitz, dem Überfall auf die Sowjetunion und dem Giftgas ZyklonB zu tun gehabt. Nachträglich könnte da die gesamte Geschichtsschreibung der alten Bundesrepublik in ein „problematisches“ Licht gerückt werden...

Wie es aber dem Sender gegen alle Widerstände gelingt, am Ende die Geschichte dieses bedeutenden Ehrenbürgers der Stadt Frankfurt wieder rein zu waschen, und wie viel journalistische Finesse, Infotainment, Umfragen, Promi-Charme, Songs und Choräle dabei zum Einsatz gelangen, zeigt dieses Stück.

Dem Deutschen Freidenker-Verband ist es nach langen Auseinandersetzungen mit Einschaltung einer Rechtsanwältin sowie der Vorlage von 11 Hygienekonzepten gelungen,

die Durchführung der Veranstaltung mit rund 40 Besuchern durchzusetzen.

Wir gratulieren herzlich

zum 96. Geburtstag:

Inge Starke, Aue

zum 92. Geburtstag:

Werner Großmann, Berlin

zum 91. Geburtstag:

Prof. Dr. Erich Hahn, Berlin

zum 90. Geburtstag:

Egon Knapp, Schwetzingen

zum 86. Geburtstag:

Rolf Becker, Hamburg

Gretel Graf, Offenbach am Main

zum 85. Geburtstag:

Klaus von Raussendorff, Bonn

Gert Julius, Berlin

Gerhard Fritz, Emmingen-Liptingen

zum 84. Geburtstag:

Ewald Maurer, Salzgitter

zum 80. Geburtstag:

Johanna Arndt, Petershagen

Hans Bauer, Berlin

Barbara Birkle, Hanau

Cvjeta Fritz, Tuttingen

zum 75. Geburtstag:

Dr. Helmut Selinger, München

zum 70. Geburtstag:

Inge Lankes, Viersen

Gojko Ilić, Neu Isenburg

zum 60. Geburtstag:

Reinhard John, Schwetzingen

zum 50. Geburtstag:

Cathrin Schütz, Frankfurt a. M.

Nachruf

Prof. Dr. jur. habil. Erich Buchholz

08.02.1927 – 11.12.2020

Erich Buchholz, in Berlin geboren und aufgewachsen, studierte 1948 bis 1952 Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität. Nach der Promotion 1953 und seiner Habilitation 1963 wurde er 1965 Professor und war von 1966 bis 1989 Dekan der Juristischen Fakultät sowie Leiter des Strafrechtswissenschaftlichen Instituts an der Humboldt-Universität. Er war ein in der DDR und international anerkannter Rechtswissenschaftler und Kriminologe und gehörte zu den Schöpfern eines sozialistischen deutschen Strafrechts.

Ab 1990 wurde er als Rechtsanwalt tätig, veröffentlichte juristische Fachbeiträge im In- und Ausland, publizierte Lehrbücher und zahlreiche populärwissenschaftliche Werke. Dabei setzte er sich mit dem Verdikt „Unrechtsstaat“ gegen die DDR und dem unerfüllten Anspruch der BRD auseinander, als Rechtsstaat gelten zu wollen. Er beleuchtete die massenhafte Enteignung der DDR-Bürger und Bereicherung westlicher Konzerne nebst Liquidierung ihrer lästigen Konkurrenten im Zuge der deutschen Vereinigung, die konkreten Rechtsverluste durch Wegfall elementarer Menschenrechte wie des Rechts auf Arbeit und Bildung, auf Wohnen, soziale Sicherheit und kostenlose Gesundheitsversorgung. Erich Buchholz wies besonders auf die im Gegensatz zur DDR nie stattgefundene Entnazifizierung der BRD-Justiz hin, die sich aber nach

1990 anschickte, die DDR-Bürger juristisch zu Menschen zweiter Klasse zu machen, indem mittels Rechtsbeugung elementare, international geltende Rechtsgrundsätze wie das Rückwirkungsverbot außer Kraft gesetzt und ein Rentenstrafrecht eingeführt wurden.

Erich Buchholz war 1989 Gründungsmitglied des Freidenkerverbandes der DDR und der erste Vorsitzende seines Berliner Landesverbandes. Dem Beirat des seit 1991 vereinigten Deutschen Freidenker-Verbandes gehörte er bis zu seinem Lebensende an, und stellte sich regelmäßig für Vorträge und Artikel zur Verfügung, so auch bei der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) sowie der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR).

Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Deutscher Freidenker Verband e.V.

Für den Verbandsvorstand:

Klaus Hartmann^o Sebastian Bahlo

Für den Freidenker-Beirat:

Hans Bauer Eberhard Schinck

Für den Landesverband Berlin:

Klaus Linder Dr. Uta Mader

Nachruf

Hossein Hakimi 25.06.1934 – 29.12.2020

Hossein wurde in der Stadt Khoy in Iranisch-Aserbaidschan geboren. Er absolvierte das Gymnasium in Teheran und ging nach dem CIA-Putsch gegen die demokratische Regierung von Mohammad Mossadegh und der Inthronisierung des Schah-Regimes durch die USA nach Deutschland. In Gießen studierte

er Agrarwissenschaften, anschließend war er in Frankfurt a.M. als Doktorand der Volkswirtschaftslehre bei Prof. Dr. Hermann Priebe sowie beim DIVO-Institut tätig.

Als 1979 die Revolution begann, begab sich Hossein sofort wieder in den Iran, wurde Mitglied des Zentralkomitees der Aserbaid-

schanischen Demokratischen Partei (Tudeh) und Kandidat für das Parlament der Stadt Khoy. Nach der Niederlage und Verfolgung der Linken 1980 lebte er im Untergrund, bis er 1982 durch die Berge zu Fuß die türkische Grenze überquerte und wieder nach Deutschland kam.

Aserbaidsschanische Genossen in Bremen zeigten ihm, wie man sich selbständig machen kann, und in Offenbach entwickelte Hossein die Gaststätte „Zum Lämmchen“ und den Ratskeller zu beliebten Treffpunkten für alle Linken.

Hossein war und blieb sein Leben lang

Kommunist und Revolutionär mit scharfem, analytischem Verstand, glühender Internationalist und unbeugsamer Gegner des Imperialismus. Seinen deutschen Mentoren und Vorbildern, den Kommunisten und Freidenkern Dr. Robert Steigerwald und Sepp Mayer war er in Dankbarkeit verbunden.

Seinem Leitmotiv „Es gibt keine Grenze zwischen Leben und Kampf – sie sind gleich lang oder kurz“ blieb er bis zu seinem Lebensende treu.

Deutscher Freidenker-Verband
Kreisverband Offenbach am Main

Nachruf

Christian Krähling 10.12.1977 – 10.12.2020

Christian, Familienvater, Betriebsrat, Gewerkschafter, Streikführer bei Amazon Bad Hersfeld und Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes, ist am 10. Dezember 2020, seinem 43. Geburtstag gestorben.

Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland. Christian trug wesentlich dazu bei, dass der Funke des Widerstands übersprang auf andere deutsche Amazon-Standorte. Als Gewerkschaftsaktivist wirkte er für die Vernetzung mit Streikenden in vielen Ländern.

Christian hatte auch eine ausgeprägte

künstlerische Ader, schrieb Gedichte, die Ernesto Schwarz vertonte, beteiligte sich aktiv am „Linken Liedersommer – Lieder gegen Ausbeutung und Krieg“ und bei der Vorbereitung der Jugendfeier Hessen.

Deutscher Freidenker-Verband
Landesvorstand Hessen

Die Trauerrede von Ernst „Ernesto“ Schwarz anlässlich der Beisetzung von Christian Krähling kann hier nachgelesen werden:

<https://www.freidenker.org/?p=9013>

Nachruf

André Müller sen. 08.03.1925 – 21.01.2021

André, geboren in einer kommunistischen Arbeiterfamilie und mit bürgerlichem Namen Willi Fetz, erlernte das Tischlerhandwerk, bevor er Dichter, Theaterkritiker und Kulturreakteur wurde und sich als Autor von Erzählungen, Romanen, Kinderbüchern, Anekdoten, Satiren und Bühnenstücken sowie als Dramaturgie-Dozent einen Namen machte. Zu seinen bedeutendsten Leistungen gehört die historisch-materialistische Interpretation von Shakespeares Dramen, mit der er einen

Schlüssel zum gesellschaftspolitischen Verständnis dieser Epoche liefert.

Aus dem Zwangsarbeitslager, in das ihn die Faschisten verschleppten, gelang ihm die Flucht, ein Leben im Untergrund schloss sich an. 1945 engagierte sich in der KPD, kämpfte gegen das Adenauer-Regime und lebte zeitweilig in der DDR. Seit den 1950er Jahren war er der engste Freund von Peter Hacks, mit dem er bis zu dessen Tod 2003 in fruchtbarem künstlerischem und politischem Austausch stand.

André war sein Leben lang Kommunist, mal mit, mal ohne Parteibuch, ein entschiedener Gegner von Opportunismus und Revisionismus sowie bis zuletzt Mitglied des Beirats des Deutschen Freidenker-Verbandes.

Andrés Vorliebe für Scherze und Ironie und seine Liebe zu kulinarischen Genüssen und gutem Wein machten Begegnungen mit ihm und seiner Frau Anja Weintz-Fetz in Köln und auf ihrem Landsitz Juntersdorf in der

Offener Brief: Bitte um Zugang zum russischen Impfstoff Sputnik V

Eduard Mader aus Bernau hat den folgenden Brief an das Bundesministerium für Gesundheit geschrieben:

Sehr geehrter Herr Minister Spahn, seit Jahrzehnten nehme ich an den jährlichen Gripeschutzimpfungen teil.

Gegen das ansteckende Corona-Virus würde ich mich auch gerne impfen lassen, auch weil ich mit 85 Jahren zur Risikogruppe 1 zähle.

Seit Wochen verfolge ich die Informationen zur Pandemieentwicklung und zum Impfgeschehen.

Mich plagen nun ernste Zweifel an den in der EU vorgesehenen Impfstoffen und an der bisherigen Impfkampagne.

Als mündiger EU-Bürger bin ich der Ansicht, dass ich mir nicht von Brüssel vorschreiben lassen muss, womit ich geimpft werde. Zu einem Impfstoff, der mit Lizenzen behaftet ist und nur dem Gewinnstreben dient, habe ich kein Vertrauen.

Der russische Impfstoff Sputnik V wird weltweit mit guten Ergebnissen eingesetzt und ist einfacher zu handhaben als die von der EU geordneten Impfstoffe.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie mir mitzuteilen, auf welchem Weg ich Zugang zum russischen Impfstoff erhalten kann. Ich bin bereit, diesen auch käuflich zu erwerben.

Mit freundlichen Grüßen
gez. *Eduard Mader*

Eifel zu lehrreichen, sinnentfremdeten und unvergesslichen Erlebnissen.

Deutscher Freidenker Verband e.V. Verbandsvorstand

Die Trauerrede von Klaus Hartmann anlässlich der Beisetzung von André Müller sen. kann hier nachgelesen werden: <https://www.freidenker.org/?p=9641>

China – Wachstum, Aufschwung, Imperium?

So der Titel eines Interviews, das auf dem YouTube-Kanal der Peter Hacks Gesellschaft zu sehen ist:

<https://www.youtube.com/watch?v=prw13Pin9Hk>

Gesprächspartner ist Uwe Behrens, Jahrgang 1944, promovierter Verkehrsökonom, ging 1990 als Noch-DDR-Bürger für ein bundesdeutsches Logistikunternehmen in das Reich der Mitte. Bis 2017 lebte und arbeitete er in Zentralasien, die meiste Zeit davon in der Volksrepublik.

Unter dem Titel »Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen« erscheint in diesen Tagen ein Buch, in dem er seine persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen mit den Stereotypen der deutschen Medien und den Vorhaltungen der deutschen Politiker an die Adresse Pekings kontrastiert.

Themen des Interviews sind u.a.:

- Alternativen zum Überseeverkehr
- Hegemonie oder Konfuzius
- Militärausgaben und Quadrilateral Security Dialogue (Quad)
- Demokratieverständnis
- Sozialismus und Reichumsverteilung – ein Widerspruch?
- Xinjiang, Uiguren, Wachankorridor
- Ersatz-Imperium?

Ein weiteres Video auf dieser Seite zeigt eine Diskussion mit dem Journalisten und Schriftsteller Christian Y. Schmidt: „hacks und heute: Innenansichten aus China“, <https://youtu.be/CI12plxA9vo> - vom Hacks-Stück „Der Bischof von China“ über die Armutsbekämpfung bis zu Corona und Menschenrechten.

„Aufarbeitung“ der eigenen Geschichte:

Die Freie Akademie

Unter dem Titel „Die Freie Akademie in Beziehung zum Nationalsozialismus“ werden 100 Jahre Geschichte besichtigt und ausgewertet: von 1920 bis 2020.

Dass dabei nie vom deutschen Faschismus gesprochen wird, sondern mit „Nationalsozialismus“ durchgängig die Eigenwerbung der Faschisten erklingt, muss man verschmerzen; erstens gehört die Irreführung zum Repertoire bis hinauf zur Staatspitze, und selbst viele Linke machen davon heute gedankenlos Gebrauch; und hier lohnt sich die Überwindung des Vorbehalts, weil sonst wird man nicht der – meist unbekanntenen – Geschichte dieses Teils des „freigeistigen Spektrums“ teilhaftig.

Fragen wirft zunächst die Autorenschaft von Diether Fauth auf, ist dieser doch selbst aktueller Vizepräsident der Freien Akademie. Da er solche Skepsis erwartet hat, geht er damit offen um, indem er bereits im Vorwort dazu auffordert, seine Studie hinsichtlich der „wissenschaftlichen Standards von Neutralität, Objektivität und Redlichkeit“ zu prüfen.

Um es vorweg zu sagen: Die Prüfung ist bestanden. Die Studie geht ausführlich auf die Verdrängung und den verfehlten Umgang der Akademie mit dem NS-Erbe ein. Dabei konzentriert sie sich auf die Institutionsgeschichte der FA und verweist bezüglich „problematischer prägender Persönlichkeiten“ auf bereits vorliegende kritische Biografien und Studien.

Zunächst wird die Geschichte der Vorläuferorganisationen besichtigt, wie dem „Bund der Königer“ seit 1920, dem „Religiösen Menschheitsbund u.a. bis zur „Deutschen Glaubensbewegung“ ab 1933, die alle „nichtchristlichen“ Gruppen auf eine rassistische „arteigene“ indogermanische Religion verpflichten und gleichschalten wollte.



Damit verbunden werden 21 Personen als Gründungsmitglieder vorgestellt, die alle in das NS-Regime verstrickt waren.

Um die Prominentesten zu nennen: Jakob Wilhelm Hauer als „Führer“ der Deutschen Glaubensbewegung, Mitglied in Alfred Rosenbergs antisemitischem „Kampfbund für Deutsche Kultur“, verschiedener NS-Organisationen und der NSDAP, tätig bei deren Rassepolitischen Amt, von Himmler und Heydrich persönlich in SS und SD aufgenommen, 1945 wegen Verbrechen inhaftiert, 1949 als „Mitläufer“ entnazifiziert. Hauer wurde 1957-1961 „ohne Zweifel die herausragende Zentralgestalt der FA“, wie Fauth formuliert. Noch 1986 veröffentlichte die FA ehrende Schriften über ihn.

Lothar Stengel-von Rutkowski war Exponekt der „Deutschen Biologie“, lehrte Rassenhygiene an der Universität Jena und hatte enge Beziehungen zu Himmler und Heinrich Sauckel, Kommandant des KZ Buchenwald.

Er war Hauptbteilungsleiter im Heiratsamt des Rasse- und Siedlungsamtes der SS und als Gutachter bei Erbgesundheitsgerichten tätig, wo er über Zwangsterilisationen mitentschied. Als Truppenarzt der Waffen-SS nahm er an der Partisanenbekämpfung in Serbien, der Sowjetunion und Griechenland teil. Ab 1953 unterstützte er die „AG für freie Religionsforschung und Philosophie“ und wurde 1956 Gründungsmitglied der FA – noch eine „Zentralgestalt“ in Fauths Einschätzung.

Margarete Dierks wurde ab Ende der 1920er Jahre Mitglied in Organisationen des Generals Erich Ludendorff, so im nationalreligiösen „Bund für Deutsche Gotteserkenntnis“. Sie wandte sich entschieden gegen die Emanzipation der „fremdblütigen“ Juden, vertrat die „wissenschaftliche Rasseerkenntnis“ und begeisterte sich dafür, dass „nach gewaltigem Ringen sich ein deutscher Staat auf rassischer und volkklicher Grundlage erhob“. 1940 NSDAP, 1948 „entnazifiziert“, danach aktiv bei den Unitariern, seit Anfang der 1960er Jahre bei der FA, Verfasserin einer entnazifizierenden Hauer-Biografie, im Jahr 2000 zum Ehrenmitglied der FA ernannt.

Die drei Beispiele mögen genügen als Beleg für die „Kontinuität“ und auch die (all zu) lange Weigerung, sich der Organisationsgeschichte zu stellen. Dies führte auch im „freigeistigen Spektrum“ immer wieder zu Konflikten. Sie hingen nicht zuletzt mit der engen personellen Verflechtung zwischen den Unitariern und der Freien Akademie zusammen. Die Unitarier wurden 1950 maßgeblich von Alt-Nazis mitbegründet. Als bekannt wurde, dass Unitarienkinder zu „Pflichten“ angehalten werden sollten wie „Halte dein Blut rein“, traten die Freidenker aus dem „Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit“ aus.

Auch die Mitgliedschaft in der Nachfolgeorganisation „Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften“ wurde wieder beendet: Entgegen der Versicherung, dass sich die Unitarier von ihren nazistischen Vorfahren distanziert hätten, lehnten sie eine positive Haltung zum Antifaschismus ab. Hierbei trat als Wortführer Prof. Dr. Hans-Dietrich Kahl hervor, Vorsitzender des „Geistigen Rates“ der Unitarier und FA-Mitglied. Er war es

auch, der die spätere „Wende“ der Akademie im Umgang mit ihrer Geschichte heftig kritisierte.

Fauth nennt die ambivalenten Jahrzehnte der FA ein „Vereinsleben mit Doppelgesicht“. Angriffe von außen lösten intern sowohl eine kritische Selbstreflexion wie auch Abwehrreflexe aus. Als konstruktiv und hilfreich sieht er die Arbeiten von Ulrich Nanko zu den Wurzeln in der Deutschen Glaubensbewegung. Das gilt nicht gleichermaßen für Peter Kratz, der unter dem Firmenschild „Antifaschismus“ publiziert, aber dessen Seriosität er anzweifelt: Bei Kratz seien „Zutreffendes, Tendenziöses und Unzutreffendes, in aller Regel ohne Quellenbelege, unentwirrbar miteinander vermischt“ – eine „Verwechslung von Forschung und Agitation“.

Die „neue Offenheit“ der Freien Akademie steht auch in maßgeblichem Zusammenhang mit dem Amtsantritt von Dr. Volker Mueller, der dem aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedenen Präsidenten Jörg Albertz (1980-2008) nachfolgte. Erst seit 2010 kann von einer ernsthaft kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte der Freien Akademie gesprochen werden. Kritisch wird zu dieser „Spätzündung“ angemerkt: Dies geschah erst, als die letzten belasteten Mitglieder gestorben waren.

Der Autor Dr. Diether Fauth studierte evangelische Theologie und ist Autor zahlreicher Bücher, so über das jüdische Leben in Deutschland und den Widerstand von Anna Seghers gegen das NS-Regime.

Dieter Fauth, Die Freie Akademie in Beziehung zum Nationalsozialismus, 2020, Verlag Religion & Kultur, 170 Seiten, Euro 15.-

Klaus Hartmann

In eigener Sache

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2-2021 ist der 15. Mai 2021.

Schwerpunktthema:

150 Jahre Pariser Commune

Deutscher Freidenker-Verband • Anschriften

Geschäftsführender Verbandsvorstand

Vorsitzender

Klaus Hartmann
Klaus Hartmann
Schillstr. 7
63067 Offenbach
Fax 069-83 58 50
k.hartmann@freidenker.de

Stellv. Vorsitzender

Sebastian Bahlo
Seckbacher Landstr. 74
60389 Frankfurt a.M.
Tel. 069-46 30 86 39
s.bahlo@freidenker.de

Schriftführer

Klaus Linder
Storkower Str. 211
10367 Berlin
Tel. 0152-24 93 60 09
k.linder@freidenker.de

Kasse / Finanzen

Annett Torres
Am Stublacher Wege 4
07552 Gera
Tel. 0365-20 41 58 38
Mobil 0151-70 81 87 87
a.torres@freidenker.de

Redaktion „FREIDENKER“ und Kulturarbeit

Monique Broquard
Am Friedhof 10
66280 Sulzbach
Tel. 06897-24 46
Mobil 0152-53 19 09 92
m.broquard@freidenker.de

Interessenvertretung konfessionsfreier Menschen

Ralf Lux
Willy-A.-Kleinau-Weg 28
14480 Potsdam
Tel. 0331-61 05 65
ralf.lux@freidenker.de

Referenten

Web-Projekte

Jens Oldenburg
Kantstr. 25, 14471 Potsdam
Tel. 0331-279 72 69
Mobil 0174-46 05 047
webmaster@freidenker.de

Beirat

Eberhard Schinck
Postfach 20 01 07
85509 Ottobern
Tel. 0177-80 90 535
e.schinck@freidenker.de

„FREIDENKER“-Vertrieb, Abonnements

Bestellungen an:
Monique Broquard
Bezieherlisten aktualisieren:
Sebastian Bahlo

Kasse Gegenseitige Hilfe

Bernd Raths
Mark-Aurel-Str. 1
60439 Frankfurt
Tel. 069-85 45 15
gegenseitige-hilfe@freidenker.de

Mitarbeiter Verbandsvorstand

Klaus von Raussendorff
An der Nesselburg 91
53179 Bonn
Tel. 0228-34 68 50
k.v.raussendorff@freidenker.de

Landesverbände

Baden-Württemberg

Ian Bailey
Ringstr. 11
69115 Heidelberg
Tel./Fax 06221-65 96 26
dfv-baden-wuerttemberg@freidenker.org

Bayern

Birgit Ludwig
Deinstr. 16, 90491 Nürnberg
Tel. 0911-59 88 175
dfv-bayern@freidenker.org
www.bayern.freidenker.org

Berlin

Klaus Linder
Storkower Str. 211, 10367 Berlin
Tel. 0152-24 93 60 09
dfv-berlin@freidenker.org
www.berliner-freidenker.de

Brandenburg

Ralf Lux
Willy-A.-Kleinau-Weg 28
14480 Potsdam
Tel. 0331-61 05 65
vorstand@brandenburger-
freidenker.de
www.brandenburger-
freidenker.de

DFV-Landesverband Nord e.V.

Toni Brinkmann
Gneisenaustr. 107, 28201
Bremen, Tel. 0421-534 534
dfv-nord@freidenker.org
www.dfv-nord.de

Hessen

Wilhelm Schulze-Barantin
Lettigkaufweg 35
60599 Frankfurt a.M.
Tel. 069-61 37 18
dfv-hessen@freidenker.org
www.hessen.freidenker.org

Niedersachsen

Thomas Loch
Goldstraße 7
06484 Quedlinburg
Mobil 0171-199 62 14
dfv-niedersachsen@
freidenker.org
www.niedersachsen.freidenker.
org

Nordrhein-Westfalen

Brigitte Streicher
Kleybredde 100 A
44149 Dortmund,
Tel. 0231-75 62 52
dfv-nordrhein-
westfalen@freidenker.org
www.nordrhein-
westfalen.freidenker.org

Rheinland-Pfalz / Saar

Karin Gottlieb
Frinkenstr. 9
55743 Idar-Oberstein
Tel. 06781-1685
dfv-rps@freidenker.org
www.rheinland-pfalz-
saarland.freidenker.org

Sachsen

Wolfram Fischer
Georgstr. 41
09111 Chemnitz
Tel. 0371-41 73 08
dfv-sachsen@freidenker.org
www.sachsen.freidenker.org

Sachsen-Anhalt

Witold Fischer
Im Grund 3
06729 Rehmsdorf
Tel. 0160-6517413
dfv-sachsen-anhalt@
freidenker.org
www.sachsen-
anhalt.freidenker.org

Thüringen

Heike Cienskowski
Am Brand 18
07973 Greiz
Tel. 03661-434774
Mobil 0160-1800876
dfv-thueringen@freidenker.org
www.thueringen.freidenker.org

URL: www.freidenker.de

FREIDENKER-Bestellung: E-Mail: vertrieb@freidenker.de

Impressum:

FREIDENKER ist das Verbandsorgan des Deutschen Freidenker-
Verbandes e.V., Sitz Dortmund.
Herausgeber: Deutscher Freidenker-Verband, Schillstr. 7, 63067
Offenbach, Erscheinungsweise vierteljährlich.
Redaktion und Vertrieb: Monique Broquard, Am Friedhof 10, 66280
Sulzbach, redaktion@freidenker.org, vertrieb@freidenker.de
Namens- u. Adressänderung: Sebastian Bahlo,
Seckbacher Landstr. 74, 60389 Frankfurt a.M.
Tel. 069-46 30 86 39, s.bahlo@freidenker.de

Bankverbindung: IBAN: DE45 7015 0000 0045 1070 75
BIC: SSKMDEMM. Bezugspreis jährlich Euro 10,- + Versand,
Einzelheft Euro 2,50 + Versand. Für die Mitglieder des DFV ist der
Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Layout und Satz: Ralf Lux, Klaus Hartmann
Druck: Gruber & Gruber GmbH, Ast 20, 83620 Feldkirchen-
Westerham, Tel. 08063 / 808 300, Fax 08063 / 808 302
www.altenburgerdigi.de, info@altenburgerdigi.de
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die
Meinung des DFV wieder.

Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband

Tschu Tehs Truppen der Rote Armee 1928 auf dem Weg von Ningkiang über die Berge im Norden zum Tsingkangshan, der von Mao Tse Dung geführten Roten Armee entgegen.

Deutlich waren die Rufe der roten Soldaten zu hören:

„Bluthunde der Grundherren, Bluthunde der Generäle und Imperialisten – Pfui! ... Wir sind arme Arbeiter und Bauern! Alles Land den Bauern und Soldaten! Verweigert Pachtzins und Steuern! Zahlt keine Schulden! ... Kämpft um den Achtstundentag für die Arbeiter!“

Die feindlichen Soldaten hörten diese Parolen, die tödlicher als Kugeln wirkten. Was für ein Krieg war das eigentlich?

Man hatte sie ausgeschickt, um „Banditen“ unschädlich zu machen. Statt dessen stießen sie in jedem Dorf auf kämpfende Bauern, sahen sich kämpfenden Arbeitern gegenüber, die einen unerbittlichen Guerillakrieg gegen sie führten.

Sie waren selber arme Bauern, sie hörten den Ruf „Alles Land den Bauern und Soldaten!“

aus: „China kämpft“ von Agnes Smedley

Amerikanischer Originaltitel: „China's Red Army Marches“

1949 Dietz Verlag GmbH,

veröffentlicht unter der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland